

Demokratiekritik

Demokratie in der Antike

Repräsentative Demokratie

Demokratie als Herrschaftssystem

Parteien und Herrschaft

Wahlen und Herrschaft

Freiheit und Herrschaft

Gleichheit, Brüderlichkeit, Menschenrechte und Herrschaft

Demokratie und Faschismus

Kontinuitäten über 1945 hinaus

Der Tiefe Staat und der Soziale Krieg

Faschismus in der Demokratie an Beispielen

Gemeinsamkeiten im Fokus

Direkte Demokratie in der Geschichte

Formen Direkter Demokratie und Herrschaft

Formen Direkter Demokratie

Der libertäre Kommunalismus

Der qualitative Unterschied von Direkter und Parlamentarischer Demokratie

Direkte Demokratie und Herrschaft

Herrschaftsfreiheit statt Demokratie

Demokratiekritik

Wir wollen keineswegs behaupten, dass Demokratie einfach nur Mist ist. Demokratie als Herrschaftssystem würde dann unter viel massiverer Kritik stehen oder längst durch ein weniger offensichtliches System der Herrschaft ersetzt sein, wenn dem so wäre. Für von Unterdrückung betroffene Menschen, die keine Hoffnung auf die Realisierbarkeit einer herrschaftsfreien Gesellschaft haben, hat die Demokratie durchaus positive Seiten. So bieten Demokratie und Rechtsgleichheit in einer Herrschaftsgesellschaft einen gewissen Schutz. Orwells 1984 zeigt das zugespitzt: „Nun war er im Begriff ein Tagebuch anzulegen. Das war nicht illegal (nichts war illegal, da es ja keine Gesetze mehr gab), aber falls es herauskam, war es so gut wie sicher, dass es mit dem Tode, zumindest fünfundzwanzig Jahren Zwangsarbeitslager geahndet werden würde.“⁽¹⁾

Das Grundgesetz formuliert zentrale Gedanken des Demokratiebegriffs, so: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“⁽²⁻¹⁻¹⁾ Die Kritik am Volksbegriff ist zentral für eine grundsätzliche Demokratiekritik (vergl. Kapitel Staat, Volk, Nation). „Ohne solchen naiven oder kalkulierten Glauben an die Existenz des 'Volkes' macht Demokratie keinen Sinn, denn wo ein Gemeinwille nicht existent ist, kann er auch nicht herrschen.“⁽²⁾

Volk trennt an den Staatsgrenzen. Das äußere Andere, Böse ist notwendig. So werden andere Völker, wie im kalten Krieg die Russ*innen / Kommunist*innen, als Feinde definiert. Heute sind es die Islamist*innen, gegen die der Krieg gegen den Terror geführt werden muss. Seit den Maidan-Protesten in der Ukraine mit ihrem starken faschistischen Anteilen und der folgenden Besetzung der Krim durch Russland sowie dem Konflikt um die

1 S. 9 in: George ORWELL: 1984 (Orig. 1949; 1974)

2 S. 36 in: Jörg BERGSTEDT: Demokratie (2006)

autonomen Gebiete in der Ost-Ukraine ist auch Putins Russlands wieder ein Feind.

Dieser Krieg wird auf dem Rücken der Ärmsten geführt. Die EU nahm durch Sea-Grabbing (*) den Fischer*innen im durch jahrzehntelangen Krieg völlig verarmten Somalia ihre karge Einkommensmöglichkeit. Um zu überleben verdingen nicht wenige Fischer*innen sich als Pirat*innen. Gegen diese verarmten Menschen richtet sich die Atalanta-Militärmission, um die Pirat*innen vom Horn von Afrika zu vertreiben. Die mafiösen Strukturen der Chef*innen im Hinterland bleiben unbehelligt – diese reichen Profite aus der Piraterie streichen schließlich z.T. auch Europäer*innen ein.

Aber auch im Innern gibt es die Feinde. In der DDR hießen sie Volksfeinde, in der BRD heißen sie Verfassungsfeinde. Gegen sie wird der Sicherheitsstaat perfektioniert ⁽²⁻¹⁻²⁾, ihre Grundrechte werden aufgehoben ⁽²⁻¹⁻³⁾.

(2-1-1) Abs. 2 in: http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_20.html

(2-1-2) <http://media.de.indymedia.org/images/2008/11/234010.jpg>

(2-1-3) vergl. u.a. Abs. 1 in: http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_1.html, Abs. 2 in: [...gg/art_9.html](http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_9.html) oder [...gg/art_18.html](http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_18.html)

Demokratie in der Antike

Demokratie stammt aus dem Griechischen und bedeutet Volksherrschaft. Der Begriff

★ **Anm. I:** Damit legitimiert er einerseits die Verwendung in sich radikal gebenden sozialen Bewegungen und dient gleichzeitig dazu, die gesellschaftlichen Gegensätze (Klasse, patriarchal, rassistisch) zu verschleiern.

Demos hat von Anfang an eine Doppelbedeutung: Einmal meint er das einfache Volk, andererseits das Volk als Ganzes (Anm. I). „In classical Greece, every abstract concept was personified by a divine being. Kratos

Übersetzung: Im klassischen Griechenland wurde jedes abstrakte Konzept durch ein göttliches Wesen personifiziert. Kratos war ein unerbittlicher Titan, der die Art der Macht durch Zwangsausübung verkörpert, die mit der Staatsgewalt assoziiert ist.

was an implacable Titan embodying the kind of coercive power associated with state power.“ ⁽³⁾

Die Demokratie wurde im patriarchalen Athen entwickelt. Ihre weitgehendste Entfaltung hatte sie zwischen -506 (Amtsantritt von Kleistenes) und -431 (Beginn des Peloponnesischen Krieges) ⁽⁴⁾. Ausgeschlossen vom Volk waren rechtlich Sklav*innen, alle Frauen, sowie alle Zugezogenen und deren Kinder. Von den wohl mindestens 200.000 Einwohner*innen Athens hatten zwischen 20 und 40 Tausend das Recht an der Volksversammlung, der Polis teilzunehmen ⁽⁵⁾. Faktisch waren aber auch die ärmeren Bürger ausgeschlossen. Betrachten wir die Ausschlüsse aus einer anarchistischen Sicht: „But if the state is the root of the problem, then the slavery and the patriarchy of ancient Athens were not early irregularities in the democratic

Übersetzung: Wenn aber der Staat die Wurzel des Problems ist, dann sind Sklaverei und Patriarchat nicht frühe Abweichungen von der Regel, sondern zeigen auf, dass Macht-Ungleichheiten von Anfang an in die DNA des Konzepts eingeschrieben sind.

3 S. 4 in: CRIMETHINC! – Ex-Workers Collective: From Democracy to Freedom (2016)

4 vergl. S. 28, 30 in: Janet BIEHL: Der libertäre Kommunalismus (1998)

5 vergl. S. 12 in: Jörg BERGSTEDT: Demokratie (2006)

model, but indications of the power imbalances coded into its DNA from the beginnings.“⁽⁶⁾

Zeitweilig gab es allerdings sogar Aufwandsentschädigungen für die Anwesenheit bei den häufigen Volksversammlungen. Die Athener Demokratie war also trotz aller Ausschlüsse eine direkte Demokratie – wie sie z.B. heute von „Echte Demokratie Jetzt“ gefordert wird. Die Verwaltung war streng an die Sachentscheidungen des Volkes gebunden. Die Posten wurden durch Los bestimmt und zeitlich auf ein Jahr beschränkt. Trotzdem: Die Demokratie der Polis „entpuppte sich in der Praxis als Herrschaft derjenigen, die das Geld und die Zeit hatten, sich der Politik zu widmen“⁽⁷⁾. Faktisch wurden die Entscheidungen z.B. zu einer sehr aggressiven kriegerischen Politik durch das Redetalent weniger Volkstribunen bestimmt. Das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen hat seinen Ursprung im klassischen Athen⁽⁸⁾. Mehrheitsentscheidungen bedürfen Erzwingungsmechanismen, um sie auch durchsetzen zu können. Demokratie und Staatsgewalt gehen also von Beginn an Hand in Hand. Sie sind untrennbar im Konzept Demokratie verbunden.

Für den Philosophen Aristoteles gehörte die Demokratie neben Tyrannis (Alleinherrschaft zu seinen Gunsten) und Oligarchie (Herrschaft der Wenigen zu ihren Gunsten) zu den schlechten Regierungsformen, da sie „zum Vorteil der Armen geführt wird und auf das, was dem ganzen Gemeinwesen frommt“ keine Rücksicht nimmt. Tatsächlich begrenzte die Demokratie in Athen die Macht der Händler und Kapitalisten. Aber: Sie hat auch kaum Versuche unternommen die sozialen und ökonomischen Unterschiede in der als Volk definierten Gruppe anzugleichen. Die Guten Regierungssysteme waren für Aristoteles Monarchie, Aristokratie und Politie, die am guten, am Gemeinwohl orientierte Herrschaft des Königs, der Wenigen oder des Volkes⁽⁹⁾. Allein er als Philosoph definierte was Gemeinwohl ist, und Herrschaft gehörte zweifellos dazu.

Bookchin bezieht sich positiv auf die direkte Demokratie der Antike und deren Föderationen. Aber auch er betonte, „daß sich, historisch gesehen, die Demokratie nicht ihrer militärischen Assoziationen entledigen kann, geht es dabei doch um die Mobilisierung der Bürger für den Krieg, um die Weiterentwicklung der Waffentechnik und der Strategie oder auch nur um die hohe Wertschätzung des bewaffneten Bürgers.“⁽¹⁰⁾

Von Anfang an war Demokratie also eine mögliche Regierungsform im Staat, basierte auf Recht. „That appearance of right was necessary the

Übersetzung: Dieser Schein des Rechts war notwendig, um die Menschen einfacher regieren zu können^(11a) (Anm. II).

★ **Anm. II:** Ohne Notwendigkeit wird in der Original-Übersetzung statt ‚die Menschen‘ leider ‚das Volk‘ verwendet.

easier to rule the people.“⁽¹¹⁾ Von Rom übernahm die mittelalterliche Kirche

in erster Linie das Herrschaftssystem Recht. Unhinterfragt wurde das römische Recht auch Grundlage bürgerlich-

demokratischer Herrschaft.

Repräsentative Demokratie

Auf dem Weg vom Stadt- zum Nationalstaat wurde die direkte Demokratie durch die

6 S. 11 in: CRIMETHINC! – Ex-Workers Collective: From Democracy to F

7 S. 172 in: Ernst BORNEMANN: Das Patriarchat (1979)

Übersetzung: Weit mehr, als das sie sich selbst direkt regierten, wählten die Römischen Bürger Repräsentanten, um eine komplexe Bürokratie zu führen.

die Trennung überwinden – von L
kratie (2006)
nie der Stadt (Orig. 1992; 1996)
ociety and the State (Orig. 1940)
is Individuum, die Gesellschaft u

★ **Anm. I:** Für Bookchin waren dies nicht zwei Spielarten der Demokratie, sondern zwei sehr unterschiedliche Ansätze, die in ganz verschiedenen Situationen und Zeiten entstanden⁽¹²⁾.

repräsentative Demokratie mit wenigen direkt-demokratischen Elementen ersetzt (Anm. I, ⁽¹²⁾). Die Anfänge gehen auf die Römische Republik zurück. „Rather than governing directly, Roman citizens elected representatives to head up a complex bureaucracy.“ ⁽¹³⁾ Sachzwänge begründen diesen qualitativen Wandel. Es wird den Bürger*innen gesagt: Millionen Einwohner*innen eines Staates können sich nicht versammeln um gemeinsam zu entscheiden und die gesellschaftlichen Fragen seien zu komplex, als dass die Menschen selbst entscheiden könnten, was gut für sie ist. Für Bookchin und Biehl dient die Nutzung des Wortes Demokratie dazu, den elitären, paternalistischen und zwanghaften Charakter der repräsentativen Institutionen zu verschleiern ⁽¹⁴⁾.

Die Wahl der Repräsentant*innen, der Volksvertreter*innen ist der qualitativ neue Kern des Modells repräsentative Demokratie. Das Frauenwahlrecht wurde in Europa erst im 20. Jahrhundert erkämpft, im Deutschen Reich in der Novemberrevolution 1918, in der Schweiz auf Bundesebene erst 1971 ⁽²⁻³⁻¹⁾. Damit verschwand aber nirgends das Prinzip von Ein- und Ausschluss. Denn: Ein- und Ausschluss sind Grundbedingung des Volksbegriffes und damit auch von Demokratie.

Das Abgeben der Verantwortung an die Repräsentant*innen verändert jede* Einzelne*. „Wenn alle Bemühungen Einfluss auf die Welt auszuüben durch Vermittlung durch Repräsentant_innen oder durch die Vorschriften der Institutionen kanalisiert werden müssen, entfremden wir uns von einander und von unserem Potential.“ ⁽¹⁵⁾

(2-3-1) Überblick auf: <http://de.wikipedia.org/wiki/Frauenwahlrecht>

Demokratie als Herrschaftssystem

Demokratie ist heute (fast) unhinterfragbar. „Wer in der politischen Sphäre ernst genommen werden will, muss sich als Demokrat*in ausweisen können.“ ⁽¹⁶⁾ (Fast) alle erklären sich als Demokrat*innen, von den Faschist*innen aus der NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) bis zu den Graswurzel-Anarchist*innen und ihrem Konzept der Basisdemokratie. Eine Grundsatzkritik an Demokratie, wie sie hier formuliert wird, hat es deshalb sehr schwer, überhaupt wahrgenommen zu werden. (Fast) alle behaupten darüber hinaus in der politischen Mitte zu stehen. Selbst innerhalb der demokratischen Institutionen verschwindet damit die Kontroverse. Da sich SPD, CDU, CSU, FDP und Bündnis'90 / Grüne als Teil der Mitte definieren, haben sie sich in den grundlegenden Fragen einig zu sein. Meinungsforscher*innen produzieren täglich das Bild, was die Mitte zu sein hat, neu. There is no alternative! Es darf sich nichts ändern!

In der englischen Revolution, am Beginn der modernen Demokratie, konnten sich noch eindeutig positiv auf Demokratie bezogen werden. Die Putney-Debatten zwischen der Armeeführung unter Cromwell und den Agitatoren der einfachen Soldaten im Herbst 1647 sind Ausdruck davon. Bevan fasste die damalige Auseinandersetzung klar zusammen: „Entweder muss die Armut mittels der Demokratie der Macht des Eigentums ein Ende bereiten, oder das Eigentum wird in Furcht vor der Armut der Demokratie ein Ende bereiten.“ ⁽¹⁷⁾ Wenige Jahre später bereitete die Herrschaft unter Cromwell der jungen

12 vergl. S. 107 in: Murray BOOKCHIN: Die Agonie der Stadt (Orig. 1992; 1996)

13 S. 4 in: CRIMETHINC! – Ex-Workers Collective: From Democracy to Freedom (2016)

14 vergl. S. 16 in: Janet BIEHL: Der libertäre Kommunalismus (1998)

15 S. 12 (... Repräsentation) in: CRIMETHINC!: Alles verändern (Orig. 2014; 2015)

16 S. 3 in: Peter KLEIN: Die Herrschaft der Beliebigkeit – Eine Demokratiekritik (2009)

17 Anevin BEVAN, zitiert nach S. 120 in: Peter LINEBAUGH, Marcus REDIKER: Die vielköpfige Hydra

Demokratie ein Ende. Die Integration der Menschen jener Zeit in kapitalistische, rassistische und patriarchale Herrschaft war nicht weit genug fortgeschritten, als dass die Menschen ihren Unterdrücker*innen brav gefolgt wären.

Die Erfahrungen mit Demokratie und Kapitalismus in den USA hat Most Ende des 19. Jahrhunderts auf den Punkt gebracht: „Auf gütlichem Wege ist da nichts zu erhoffen; höchstens hat das Proletariat Spott und Hohn zu gewärtigen, wenn es so kindisch ist, seinen Todfeinden mit Petitionen, Abstimmungen und dergleichen Harmlosigkeiten Respekt einflößen zu wollen.“⁽¹⁸⁾ Kropotkin analysierte den den Herrschaftscharakter von

Demokratie und deren

Verbindung zum Kapitalismus:

„You cannot modify the existing conditions of property without

deeply modifying at the same time the political organization.

You must limit the powers of government and renounce

parliamentary rule. To each new economical phase of life

corresponds a new political phase.

Absolute monarchy – that is, court-rule – corresponded to the system of serfdom.

Representative government corresponds to capital-rule. Both, however, are class-rule.“⁽¹⁹⁾

Auch Oskar Wilde formulierte eine klare Kritik der Demokratie: „Einmal hat man große Hoffnungen in die Demokratie gesetzt; aber Demokratie ist nichts anderes als das

Niederknüppeln des Volkes durch das Volk für das Volk. Das ist erwiesen.“⁽²⁰⁾

Zibechi analysiert die Einsetzung von Demokratie durch aktuelle imperialistische Politik in Lateinamerika und kommt zu dem Schluss, dass „mit den Mechanismen der 'Demokratie',

der Ausweitung von Dienstleistungen und der Marktökonomie eigentlich nur ein Ziel erreicht werden soll: Macht und Herrschaft zu stärken.“⁽²¹⁾ Die 'linken' lateinamerikanischen

Regierungen der letzten Jahre, Hugo Chávez (Venezuela, 1999 – 2013), Lula da Silva (Brasilien 2003 – 2011), Evo Morales (Bolivien seit 2006), Raphael Vicente Correa (Ecuador seit 2007), Christina Kirchner (Argentinien 2007 – 2015) oder José Mujica (Uruguay 2010 – 2015) haben „die Staatsmacht dazu benutzt, um Bewegungen zu

bändigend, zu schwächen, einzubinden. An zweiter Stelle haben sie die Bewegungen gespalten.“⁽²²⁾

Das Vertrauen in linke Regierungen kann nur enttäuscht werden. Es folgt eine konservative. In einem Staatsstreich haben korrupte Konservative die aufgrund der Wirtschaftskrise unpopulär gewordene Nachfolgerin Lula da Silvas, die brasilianische

Regierungschefin Rousseff abgesetzt und haben dabei die Unterstützung einer breiten rechten Protestbewegung⁽²³⁾. Rot-Grün hat mit dem Krieg gegen Jugoslawien, dem

Übersetzung: Eine* kann nicht die existierenden Bedingungen des Eigentums verändern, ohne nicht zugleich die politische Organisation grundsätzlich anzupassen. Die Macht der Regierung muss begrenzt und die parlamentarische Herrschaft muss aufgegeben werden. Absolute Monarchie – also die Herrschaft des Hofes – entsprach dem System der Leibeigenschaft. Repräsentative Demokratie entspricht der Herrschaft des Kapitals. Beides ist aber Klassenherrschaft.

Übersetzung: das Diktatoren in Ländern wie Kongo, Äthiopien, Angola, Mosambik und Malawi kürzlich Mehrparteien-Wahlsysteme eingeführt haben, ist der Nachweis dafür, dass diese zu keinen wirklichen Veränderungen führen.

ig. 1887; o.J. (1987?))

Communism. London: Freedom Press, 1987; zitiert nach m – The History of a Movement (Orig. 2001; 2009)

rig. 2008; 2011)

ften (2012)

²³ vergl. S. 37 in: CRIME THING! – EX-WORKERS COLLECTIVE: From Democracy to Freedom (2016); Jens GLÜSING: Amtsenthebung von Dilma Rousseff: Eine historische Ungerechtigkeit (2016)

sogenannten Atomausstiegsgesetz und den Hartz-Gesetzen genau das selbe getan. Mbah und Igariwey erklären, „that dictators in countries such as Congo, Ethiopia, Angola, Mozambique, and Malawi have lately installed multi-party electoralism is evidence that it leads to nothing really new.“⁽²⁴⁾

Noch deutlicher offensichtlich wird das von Zibechi für Lateinamerika beschriebene in den Kriegen, die in den letzten beiden Jahrzehnten mit dem offiziellen Ziel Regime Change (Regierungs- / Herrschaftswechsel) geführt wurden. Als krasses Beispiel sei hier der Irak genannt. In zwei Kriegen wurden durch massiven Einsatz von D.U.-Munition nicht nur Bunker und Panzer der Armee Saddam Husseins zerstört, sondern auch Leben und Gesundheit zahlreicher Menschen – von vielen Kindern, die in den zerstörten, radioaktiv verseuchten Wracks spielten, bis zu den eigenen Soldaten, die mit diesen Waffen hantierten. Die nach dem Sturz des Diktators aufgedrückte Verfassung garantiert US-Konzernen langfristig große wirtschaftliche Macht und hohe Profite im Namen der Demokratie.

Betrachten wir Demokratie in den reichen Ländern des Nordens genauer, um zu sehen, ob es da einen grundsätzlichen Unterschied gibt.

THESE Die Demokratie ist eine Form bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft.

Grundsätzlich hat das Bundesverfassungsgericht die Demokratie der BRD als „eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und

Gleichheit“⁽²⁵⁾ bezeichnet. Sowohl von marxistischen, als auch von anarchistischen Autor*innen wurde die These: „Die Demokratie ist eine Form bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft“⁽²⁶⁾ formuliert (Anm. I,⁽²⁷⁾⁽²⁸⁾), die im Folgenden untermauert werden soll.

★ **Anm. I:** Rocker macht Marx und Engels dafür verantwortlich, dass die Idee in die Arbeiterbewegung eindrang⁽²⁷⁾: „Erst als man versuchte, den bürgerlichen Bazillus, die Idee von der Eroberung der politischen Macht, in die wirtschaftliche Kampforganisation einzuschmuggeln, entstand die innere Zersetzung, die Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung.“⁽²⁸⁾

Allerdings ist demokratische Herrschaft wesentlich diskursiv und nur ergänzend repressiv aufgebaut. Die diskursive Herrschaft verschleiert. Denn: "Die Möglichkeit, Wahrheit zu definieren, [ist] der wohl stärkste Ausdruck von Herrschaft .. und mithin ihre effektivste Form.“⁽²⁹⁾ Im Sozialstaat nach dem 2. Weltkrieg organisierte der Staat den Rahmen für betriebliche Strukturen, die kapitalistische Unterdrückung erträglicher machen; Ausspracherecht, Delegieren von Macht nach unten usw.⁽³⁰⁾ Seit den 1990ern werden von oben (Parteipolitik und NGOs) die mehr Mitbestimmung versprechenden Diskurse Good Governance, Nachhaltigkeit, Mehr Demokratie und Zivilgesellschaft geführt. Die praktische

24 S. 119 in: Sam MBAH, I. E. IGARIWEY: African Anarchism – The History of a Movement (Orig. 2001; 2009)

25 vergl. Verbot der faschistischen SRP, 1952, zitiert nach S. 51 in: Jörg BERGSTEDT: Demokratie (2006)

26 S. 8 in: DELO TRUDA GRUPPE (Hrsg.): Organisationsplattform ... (Orig. 1926; 2009), vergl. auch: Errico MALATESTA: Demokratie und Anarchie (Orig. 1924; o.J.); S. 18 in: Rudolf ROCKER: [Rede zur] Prinzipien-erklärung des Syndikalismus (Orig. 1919; 1971); Kurt LENK u.a.: Der bürgerliche Staat der Gegenwart (1972)

27 vergl. S. 19 – 20 in: Rudolf ROCKER: [Rede zur] Prinzipien-erklärung des Syndikalismus (Orig. 1919; 1971)

28 S. 20 in ebenda

29 S. 35 in: Matthias BULTMANN: Inhalt statt Verpackung! - Die Glorifizierung der Demokratie (2007)

30 vergl. S. 19 – 20 in: Johannes AGNOLI: Die Transformation der Demokratie (Orig. 1967; 1974)

Politik bedeutet aber nicht ein mehr sondern ein Weniger an Mitbestimmung, „z.B. die Streichung der Verbandsklage in einigen Landesnaturschutzgesetzen, die Einschränkung der Bürger*innenbeteiligung nach dem Baugesetzbuch oder durch verschiedene Beschleunigungsgesetze, z.B. bei der Verkehrsplanung.“⁽³¹⁾

Zu wählen gibt es viele Parteien, sie werden sich inhaltlich aber immer ähnlicher, sind allein im Spitzenpersonal unterscheidbar. Marcuse beschreibt solche aktuellen Systeme der Herrschaft als „System[e] des unterworfenen Pluralismus, ... [die] die Macht des Ganzen über das Individuum ... festigen.“⁽³²⁾ Die Wahlkämpfe werden immer mehr auf dieses Spitzenpersonal zugeschnitten. Mitentschieden wird also immer mehr über die Person, die die Regierung bilden darf, als über die Inhalte. Inhalte sind im Wahlkampf auf wenige, meist nichtssagende Parolen reduziert. Würden die Inhalte eine Rolle spielen, stellt sich immer noch die Frage, „warum

die Menschen gerade das denken, was sie denken ...[. D]a fängt das Problem mit der Demokratie erst richtig an.“⁽³³⁾

„Unfortunately, many of the ultimate aims of those who struggled to create these reforms have now been lost. Their achievements have been co-opted into seeming like the achievements of 'democracy' when in fact they were concessions, hard won by activists condemned as radicals of their time.“⁽³⁴⁾

Übersetzung: Unglücklicherweise sind viele der eigentlichen Ziele derer, die kämpften, um diese Reformen durchzusetzen, nun vergessen. Ihre Errungenschaften wurden kooptiert, so dass sie als Errungenschaften der 'Demokratie' erscheinen, obwohl sie in der Tat Zugeständnisse, die von Aktivist*innen unter großen Anstrengungen gewonnen wurden, die in ihrer Zeit als Radikale verurteilt wurden.

Gegenüber Diktaturen gibt es, neben der Frage wie die Regierung bestimmt wird, allerdings einen erheblichen Unterschied: Die westlichen Demokratien sparen „stets einen Randbezirk aus, in dem der consensus gebrochen und die Aufforderung zur Revolution straffrei erhoben werden kann. Der Randbezirk (meist kultureller Art) bleibt allerdings scharf abgegrenzt und unter ständiger Kontrolle durch die (manipulierte) Öffentlichkeit und den (manipulierenden) Apparat, der die Öffentlichkeit bildet – von der Kontrolle durch die politische Polizei [ganz] zu schweigen.“⁽³⁵⁾

Bemerkenswert ist was passiert, wenn der angebliche Souverän, das Volk, falsch wählt. Dazu einige Beispiele.

Die Hamas im Gaza-Streifen wurde demokratisch gewählt. Bei der Wahl im Januar 2006 erschien sie den Menschen als Hoffnung und Alternative zur korrupten PLO. Als demokratisch gewählt wurde die Hamas aber im Westen nie anerkannt. Zu Leiden haben die Menschen seit dieser Wahl einerseits durch die brutalen, militärischen und ökonomischen (Re-)Aktionen Israels und andererseits unter dem gewählten autoritären Regime.

In der Ukraine brachten im Dezember 2004 massive Wahlfälschungen zunächst den geplanten Wahlsieg des autoritären post-kommunistischen Regimes. Die Leute aber hatten die Schnauze voll. Die von extrem vielfältigen Akteuren getragene Orangene Revolution (von Anarch*as über Neoliberale bis zu Nationalist*innen) zwang das autoritäre post-kommunistische Regime zu Neuwahlen. Die Neoliberalen wurden gewählt. Der Westen

31 S. 185 in: Jörg BERGSTEDT: Demokratie (2006)

32 S. 70 in: Herbert MARCUSE: Der eindimensionale Mensch (Orig. 1964; 1998)

33 S. 34 in: Matthias BULTMANN: Inhalt statt Verpackung! - Die Glorifizierung der Demokratie (2007)

34 S. 14 in: REVOLUTIONARY ANARCHA-FEMINIST GROUP DUBLIN: Why Anarcha-Feminism? (2012)

35 S. 84 in: Johannes AGNOLI: Die Transformation der Demokratie (Orig. 1967; 1974)

feierte dies als Sieg der Demokratie. Korruption und die sozialen Folgen der neoliberalen Politik ließen den Stern von Wiktor Juschtschenko und Julija Timoschenko rasch sinken. Ihre Abwahl 2009 wurde als Niederlage der Demokratie kommentiert. Eine Folge dieser falschen Wahlentscheidung der Ukrainer*innen war die politisch motivierte Anklage gegen und Verurteilung von Julija Timoschenko. Der Westen reaktivierte alte Freund-Feindbilder und drohte im Mai 2012 mit politischem Boykott der Fußball-Europameisterschaft.

Immerhin: Verglichen mit manchen falschen Wahlentscheidungen aus Zeiten der Ost-West-Blockkonfrontation ist die Reaktion der demokratischen Regime heute moderat. Das bekannteste Extrembeispiel ist sicherlich der mit massiver Hilfe der USA durchgeführte Pinochet-Putsch 1973 nach dem Wahlsieg des linken Sozialdemokraten Allende in Chile. Auch hier hatte der Souverän falsch gewählt – und das auch noch im Hinterhof der USA. Ähnlich in Nicaragua. Nach dem Sieg der Guerilleras gegen den Diktator Somoza wählten die Nicaraguaner*innen die Falschen. Die USA organisierten und finanzierten über die Grenze hinweg einen jahrelangen Bürger*innenkrieg, bis die Nicaraguaner*innen endlich die richtigen, rechten Parteien wählten.

Aber auch in den demokratischen Staaten Europas sieht es grundsätzlich nicht anders aus ⁽³⁶⁾.

Volksabstimmungen, deren Ergebnisse den Interessen der Herrschenden widersprechen, werden wiederholt, bis das Ergebnis passt, oder ausgesessen. Beispiel für ersteres sind Irlands Volksabstimmungen zur EU-Verfassung ⁽²⁻⁷⁻¹⁾. Ein Beispiel fürs Aussitzen ist Schweden. In Three Mile Island (Harrisburgh, USA 1979) geriet das AKW außer Kontrolle, die Kernschmelze setzte ein. In Schweden kam es danach zu einem erfolgreichen Volksentscheid gegen Atomkraft. Der Ausstieg aus der Atomkraft wurde 1980 auch per Gesetz beschlossen. Nach Tschernobyl 1986 wurde dies bestätigt. Der Ausstieg wurde aber einfach nicht umgesetzt, in dem die Regierungen jegliches Handeln hinauszögerten. Die Profite des Staatskonzerns Vattenfall wären bedroht. 2009 wurde sogar wieder zum Ausbau übergegangen ⁽²⁻⁷⁻¹²⁾. Als in Hamburg gegen die neoliberale Politik ein Volksentscheid gegen die Privatisierung der Krankenhäuser stimmte, ignorierte ihn die Politik einfach ⁽³⁷⁾.

Auch die Wahl von Rechtsradikalen ist in diesem System allerdings falsch. Gerade zu Deutschland gibt es dann immer negative Berichterstattung, die auch die Profite der Exportindustrie stören könnte. Wahlerfolgen der NPD folgt der Ruf nach dem Verbot dieser Partei. "Wenn das Volk falsch entscheidet, verliert die Demokratie ihre Heiligkeit." ⁽³⁸⁾

Die These, dass Demokratie eine Form bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft ist, ist also

Das gute Leben:

„Ich hab nicht gewählt“, sagt das Känguru.

„Darfst du nicht?“, frage ich.

„Ich darf nicht und ich will nicht“, sagt das Känguru.

„Du willst nicht?“, frage ich.

„Ja. Weil das gar keine Wahl ist“, sagt das Känguru. „Das ist nämlich nur ein Demokratietrugbild, eine Abstimmungsattrappe, eine Volksherrschafts Fata Morgana. Kurz gesagt: nur der Schein einer Wahl, oder, um den offiziellen Terminus zu verwenden: ein Wahlschein.“

„Ein Wahlschein?“, frage ich.

„Das ist, als ob du in den Supermarkt gehst und da wählen kannst zwischen der Tütensuppe von Maggi und der Tütensuppe von Knorr, aber in Wirklichkeit ist alles Nestlé. Der Wahlschein suggeriert Freiheit, aber in Wirklichkeit sage ich dir: Alles Kapitalismus, alles Nestlé, ...“ ⁽³⁶⁾

Nimm dir Zeit für das gute Leben, sonst wirst du irgendwann unerträglich!



36 S. 18 in: Marc-Uwe KLING: Die Känguru-Chroniken (Orig. 2009; 2010)

37 vergl. S. 36 in: Matthias BULTMANN: Inhalt statt Verpackung! - Die Glorifizierung der Demokratie (2007)

38 S. 35 in ebenda

klar bestätigt. Demokratie kann deshalb das Prinzip des kapitalistischen Privateigentums nicht antasten. Sollten doch einmal die Falschen gewählt werden: „Die besitzende Klasse ... hat die parlamentarischen Formen ... aus praktischer Rücksicht auf ihr eigenes Interesse geschaffen, und ... wird selbstverständlich nicht ruhig zulassen, dass diese Formen zu ihrer Expropriation [= Enteignung] benutzt werden.“⁽³⁹⁾

„The state is powerful indeed, but one thing it cannot do is deliver freedom to its subjects. It cannot, because it derives its very being from their subjection.“⁽⁴⁰⁾

Übersetzung: Der Staat ist tatsächlich machtvoll, aber eine Sache die er nicht kann, ist seinen Staatsangehörigen Freiheit zu liefern. Er kann das nicht, weil er seine inneres Wesen von ihrer Unterordnung ableitet.

Wenn in solchen Situationen die Demokratie die kapitalistische Ordnung nicht mehr sichern kann, dann gibt es noch Alternativen, der autoritäre Umbau der Demokratie (den wir gerade erleben) und die (faschistische) Diktatur. Diktatur und Demokratie sind unterschiedliche Tendenzen kapitalistischer Herrschaft. „Der Staat hat nur eine Funktion, die er demokratisch oder diktatorisch ausübt. Dass der erste Weg nicht so hart ist, bedeutet nicht, dass gesellschaftliche Kräfte den Staat dazu bringen können, auf den zweiten Weg zu verzichten.“⁽⁴¹⁾

(2-7-1) vergl. <http://www.wien-konkret.at/politik/eu/verfassung/zweites-irland-referendum/>

(2-7-2) vergl. http://de.wikipedia.org/wiki/Kernenergie_nach_Ländern#Schweden,
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-06/schweden-neubau-atomreaktoren>

Parteien und Herrschaft

THESE | Der Marsch durch die Institutionen den Linke aufnehmen, integriert nicht nur sie, sondern auch ihre Wähler*innen. | **THESE**

Demokratie sichert über die Form der Repräsentation durch Parteivertreter*innen diese herrschenden Verhältnisse mit einen demokratischen Anstrich der kollektiven Zustimmung. Malatesta beschrieb das treffend als „Regierung der Mehrheit der von der Mehrheit der Wähler Gewählten“⁽⁴²⁾. Der Rätekommunist Gorter, der die Nutzung des

Parlaments als Bühne für Propaganda nicht grundsätzlich verwirft, weist auf ein weiteres zentrales Problem des Parteien-Parlamentarismus hin: „Das Mittun [... von radikalen Linken] im Parlament [stärkt] jene Idee bei den Arbeiter [und in den sozialen Bewegungen], daß ihre Führer die Arbeit schon tun werden, und [schwächt] jene Idee, dass sie alles selbst ausführen müssen.“⁽⁴³⁾ Damals gab es aber noch klar erkennbare Unterschiede zwischen den Parteien. Agnoli erkannte früh die Tendenz zum Konservativen durch die Verschleierung antagonistischer^(*) Interessen durch die Ideologie der Sachzwänge, die die Parteien zu 'objektiven' Verwaltern dieser machen⁽⁴⁴⁾ und zur pluralen Fassung einer Einheitspartei führt⁽⁴⁵⁾.

39 S. xx

40 S. 14 in: CRIMETHINC! – Ex-Workers Collective: From Democracy to Freedom (2016)

41 S. 5 in: Gilles DAUVÉ: Wenn die Aufstände sterben (Orig. 1998; o.J.)

42 Errico MALATESTA: Demokratie und Anarchie (Orig. 1924; o.J.)

43 S. 459 in: Herman GORTER: Offener Brief an den Genossen Lenin (Orig. 1920; 1970)

44 vergl. S. 34 in: Johannes AGNOLI: Die Transformation der Demokratie (Orig. 1967; 1974)

45 vergl. S. 40 in ebenda

Auch nach 1968 vertraten viele Linke die Ideologie des Marsches durch die Institutionen. Nicht wenige waren darin erfolgreich. Für sich selbst errangen sie Macht und Wohlstand. Aber: Sie veränderten sich in diesem Prozess, passten sich den Sachzwängen der Institutionen an. Die Politiker*innen unter ihnen, und nicht nur sie, integrierten nicht nur sich, sondern auch ihre Wähler*innen.

Das liegt nicht zuletzt an der bürokratischen Struktur von Parteien. „Ihr ganzer Apparat ist nach dem Vorbild des bürgerlichen Staates aufgebaut, autoritär-zentralistisch, von oben nach unten wirkend, mit der typischen Scheidung der Mitgliedschaft in zwei Klassen. Initiative, Befehlsgewalt und Rangüberlegenheit ist lediglich bei den Führern“⁽⁴⁶⁾ und wenigen Führer*innen. Die Politiker*innen in SPD und KPD der Weimarer Republik sind durch „sture[n] Fortschrittsglaube[n] ... , ihr Vertrauen in ihre 'Massenbasis' und ihre servile Einordnung in einen unkontrollierbaren Apparat“⁽⁴⁷⁾ durch und durch autoritär geprägt. So ist es kein Wunder, dass Oswald Spengler, ein wichtiger Vordenker des Nationalsozialismus, von Sozialdemokrat*innen als Parteiführer, Organisator und General einer Armee (der Arbeiter*innenschaft) bewundert wurde⁽⁴⁸⁾.

Jede Partei, also auch die Arbeiter*innen- oder die Öko-Partei, reproduziert allgemein die für den Kapitalismus grundlegenden Spaltungen, Führer*innen – Geführte, Subjekt (*) – Objekt (*), Ökonomie – Politik usw. Das liegt nach Ahlrich Meyer am Zirkelschluss, „dass die Parteiorganisation das Gefängnis der kapitalistischen Bestimmung der Klasse sprengen soll und dass sie doch zugleich aus dieser Bestimmung abgeleitet wird.“⁽⁴⁹⁾

Die Illusion über Parteien die Bedrückungen durch den Kapitalismus, durch patriarchale, rassistische u.a. Herrschaftsstrukturen ändern oder gar überwinden zu können, führt immer wieder zu einer Modernisierung der

THESE

Integration in Parteien und Demokratie stärkt und modernisiert die herrschenden Verhältnisse.

THESE

herrschen Verhältnisse. Die Organisierung in Parteien hat den Sozialismus korrumpiert, konstatierte Emma Goldman: Er „hegt nun nur noch einen Wunsch, sich selbst den engen Grenzen seines Käfigs anzupassen, Teil der Autorität, Teil .. der Macht zu werden“⁽⁵⁰⁾. Die Logik der Herrschaft ist der Partei also eingeschrieben. Das Ziel des Kampfes um Emanzipation „ist von Anfang an verloren, lange bevor die siegreiche Partei oder Armee die Staatsmacht erobert und ihre Versprechen 'verrät'. Er ist verloren, sobald ... die Logik der Macht zur Logik des revolutionären Prozesses wird.“⁽⁵¹⁾

Diese Erkenntnis verbreitet sich allerdings erst in revolutionären Situationen. So erkannte Sartre vor 1968 an der KPF (Kommunistische Partei Frankreichs) nicht, „daß die verknöcherten, bürokratisierten, stark hierarchisierten Strukturen der Partei hierarchische und bürokratische ... Gedanken hervorbringen mussten.“⁽⁵²⁾ Jede Gruppe mit einem revolutionären Anspruch verwandelt sich, wenn sie sich als Partei konstituiert, in eine Institution. „Die Institution dient

★ **Anm. I:** Erstaunlich, wie weit an dieser Stelle maoistische Kritik reicht, und mit welcher Blindheit sie andererseits ihre eigene Partei interne Herrschaftskultur und die der KP China ignorieren.

46 S. 26 in: Otto RÜHLE: Brauner und Roter Faschismus (Orig. 1939; 1968)

47 S. 85 – 86 in: Walter BENJAMIN: Geschichtsphilosophische Thesen (Orig. 1938; 1968)

48 vergl. S. 4 in: Ruth FISCHER: Stalin und der deutsche Kommunismus (Orig. 1928; 1968)

49 S. 137 in: Ahlrich MEYER: Massenarmut und Existenzrecht (Orig. 1968; 1976)

50 S. 52 in: Emma GOLDMAN: Sozialismus – Gefangen in der Falle der Politik (Orig. 1910 ?; o.J.)

51 S. 28 in: John HOLLOWAY: Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen (Orig. 2002; 2010)

52 Jean-Paul SARTRE auf S. 28 in: Jean-Paul SARTRE, Philippe GAVI, Pierre VICTOR: Der Intellektuelle als Revolutionär (Orig. 1974; 1976)

dazu, den Wunsch der Menschen, irgendetwas sofort zu verwirklichen, zu blockieren.“⁽⁵³⁾ Die Partei reduziert die Revolution auf unhinterfragbare, quasi-religiöse Formeln und Zeremonien. Sie bietet denen, die ihr Leben verändern möchten an, an Veränderung durch ihre Parteizugehörigkeit zu glauben⁽⁵⁴⁾ (Anm. I).

Beispielhaft zeigt das auch die Partei die Grünen. Sie stehen für nichts anderes, als für das aus dem Partei-Charakter resultierende Vorantreiben der Integration und des Korrumpierens der neuen sozialen Bewegungen. 2016 ist sie bereits wieder in der nicht-Wahrnehmbarkeit verschwunden. Die Piratenpartei kann sich schon nach den ersten beiden Wahlerfolgen (Berlin und Saarland 2012) eine Regierungsbeteiligung vorstellen. Mit der Regierungsbeteiligung sind Basisdemokratie und Forderungen wie kostenloser ÖPNV (Öffentlicher Personen Nahverkehr) und BGE (Bedingungsloses Grundeinkommen (Anm. II,⁽⁵⁵⁾) nicht vereinbar. Sie müssen aufgegeben werden.

★ **Anm. II:** Die Piratenpartei sind seit ihrem Parteitag in Offenbach als erste Partei das BGE ins Parteiprogramm aufgenommen⁽⁵⁵⁾.

Wahlen und Herrschaft

Parteien brauchen die Stimmen der vereinzelt Wähler*innen. Die vereinzelt Wähler*innen erhalten in der Wahl dafür die Illusion, durch die Stimmabgabe sich einbringen zu können, Macht als Teil der staatstragenden Volksgemeinschaft zu haben. Proudhon formulierte es früh: „Allgemeines Stimmrecht ist konterrevolutionär.“⁽⁵⁶⁾ Denn: Richtet sich die Hoffnung auf Veränderung durch Wahlen, erlischt das Interesse an kollektiven revolutionären Kämpfen. Diese Kämpfe allein ermöglichen aber, dass emanzipatorische Forderungen in Ansätzen durch Parteien in Regierungspolitik umgesetzt werden. Die Partei muss in diesem Prozess die emanzipatorischen Forderungen vereinnahmen, befrieden und in den demokratischen Konsens transformieren. In der BRD heißt der FDGO, Freiheitlich Demokratische Grundordnung. Jede*, *die richtig wählt, hat deren repressiven Charakter akzeptiert. „Die Abgabe der Stimme, ein 'zu Kreuze kriechen' im wahrsten Sinne, bildet einen symbolischen Akt der Übergabe jeglichen Einflusses auf das Geschehen, im Wortspiel 'die Stimme abgeben' doppeldeutig beschrieben.“⁽⁵⁷⁾

THESE Wer wählt, akzeptiert und stützt die herrschenden **THESE** Verhältnisse.

Anzumerken dazu ist, dass an mancher Wahl mit abnehmender Tendenz heute nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten teilnehmen. Bei den Direktwahlen zum Europa-Parlament z.B. sinkt die Wahlbeteiligung von Wahl zu Wahl. Bei den letzten EU-Wahlen 2009 und 2014 lag die Nichtwähler*innenquote EU-weit bei 56,9 %. Von den wahlberechtigten Slowak*innen wählten gar 80,4 bzw. 87 % nicht⁽⁵⁸⁾. Bereits bei Nichtwahl durch jede* Dritte* hat die Mehrheit, dank 5 % Klausel, Direktmandaten und ungültigen

53 Phillippe GAVI auf S.33 in ebenda

54 vergl. Phillippe GAVI auf S.35 in ebenda

55 Svenja BERGT: Der weite Weg zur sechsten Kraft (2011)

56 Pierre-Joseph PROUDHON zitiert nach S. 30 in: George WOODCOCK: Traditionen der Freiheit (Orig. 1987; 1988)

57 S. 148 in: Jörg BERGSTEDT: Demokratie (2006)

58 vergl. BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: Interaktive Grafiken – die Wahlbeteiligung bei Europawahlen (2014)

Stimmen, weniger als 33 % der Wähler*innen auf sich vereinigt. Ob eine* wählen geht ist auch eine Klassenfrage. Die Priviligierten wissen, was sie an dieser Herrschaftsform haben. Demokratische Herrschaft hat bei den Wähler*innen nach wie vor eine hohe Akzeptanz. Berücksichtigt eine* noch die nicht Wahlberechtigten, also die die noch nicht volljährig, entmündigt oder Migrant*innen sind, so legitimieren in unserer Demokratie weniger als 20 % der hier lebenden Menschen die Regierung.

Das Wahlen in den kapitalistischen Metropolen, anders als z.B. in autoritären Ländern des Globalen Südens, demokratische Standards erfüllen ist eine Hoffnung, die immer wieder enttäuscht wird. Welchen Umfang rassistische Manipulationen einnehmen können, zeigen z.B. exemplarisch Wahlen im mehrheitlich von Afroamerikaner*innen bewohnten Black Belt der USA in den 1960er Jahren ⁽⁵⁹⁾ oder das Referendum am 2.10.2016 im EU-Land Ungarn ⁽⁶⁰⁾.

Übersetzung:
Schwarzer Gürtel

THESE | **Wichtige Fragen können nicht delegiert und dann per Anordnung umgesetzt werden. Wichtige Fragen müssen selbst in die Hand genommen werden.** | **THESE**

Wahlen ermöglichen nur „belanglose Fragen [...], denn authentische Fragen lassen Passivität und Delegation nicht zu. [...] Nehmen wir an, der Kapitalismus soll durch ein Referendum abgeschafft werden [(Anm. I, ⁽⁶¹⁾)] Bestimmt würden die meisten Wähler

★ **Anm. I:** Hartmut Global schlug z.B. einen „Volksentscheid für die geldfreie Weltordnung“ ⁽⁶¹⁾ vor.

für den Kapitalismus stimmen, und zwar aus dem schlichten Grund, dass man sich, während man gerade gemütlich das Haus, das Büro oder den Supermarkt verlässt, gar keine Welt ohne Waren und ohne Geld vorstellen kann. Doch selbst wenn dagegen gestimmt würde, würde sich nichts ändern, denn [...] eine ganze Gesellschaft kann nicht per Anordnung umgewälzt werden.“ ⁽⁶²⁾

Die Menschen müssen ihre Anliegen selbst in die Hand nehmen. Die Anliegen lassen sich nicht delegieren. „Verbesserungen werden also den Regierungen durch den Druck der Massen außerhalb der Parlamente direkt abgenötigt, und je stärker sich dieser Druck bemerkbar macht und den Regierern auf den Fingernägeln brennt, um so einschneidender werden ihre Reformen sein.“ ⁽⁶³⁾ Sobald also der Widerstand auf der Straße die eigenen Ideen bereits einschränkt und in sie Form von Forderungen an die Regierung formuliert, schränkt er seine Wirkungsmöglichkeit ein.

Selbst in revolutionären Situationen, wenn in freien Wahlen mehrheitlich Revolutionäre gewählt werden, können sie als Regierung vor den revolutionären Aufgaben nur scheitern. Kropotkin zeigt das eindrucksvoll am Beispiel der Pariser Commune auf. Die demokratische Struktur von Partei und Regierung widersprechen den revolutionären Aufgaben ⁽⁶⁴⁾.

59 vergl. S. 85 – 122 in: Stokeley CARMICHAEL, Charles V. HAMILTON: Black Power (Orig. 1967; 1969)

60 vergl. Anja SVOBODOVNA: Ungarns Referendum (2016)

61 S. 212 in: Hartmut GLOBAL: Die EINEWELT wird wirklich (2012)

62 S. 19 in: IN OFFENER FEINDSCHAFT: In offener Feindschaft,... (Orig. 1998; 2010)

63 vergl. S.138ff in: Peter KROPOTKIN: Diktaturen und revolutionäre Regierungen, in ders.: Worte eines Rebellen (Orig. 1885; 1978)

64 S. 12 in: Rudolf ROCKER: Der Kampf ums tägliche Brot (Orig. o.J.; 1980)

Freiheit und Herrschaft

„Die Freiheiten müssen ihr [der Demokratie] abgerungen werden, gerade so gut wie den absoluten Königen, und dieselben einmal errungen, muss man sie, ohne sich jemals zu entwaffnen, noch fortgesetzt dem Parlament gegenüber verteidigen, [...] Tag aus, Tag ein, Schritt für Schritt.“⁽⁶⁵⁾ Das lässt sich gut an

THESE

Freiheiten werden in der Demokratie gewährt. Sie sind immer unsicher, umkämpft, können entzogen werden.

THESE

Paragrafen wie § 175 (Kriminalisierung Homosexueller) und § 218 (Krimimnalisierung der Abtreibung) ablesen. Die Einführung beider Paragraphen ist Ausdruck des universellen Anspruchs der abendländischen Ratio, die mit einer absoluten Abwehr der Lüste, als tierisch und rassistisch Zugeschriebenem, einher ging. Zu dieser Zeit wurde das bipolare Mann-Frau Paradigma durch markieren des anderen geschaffen⁽⁶⁶⁾. Beide Paragraphen haben eine Kontinuität die von der Gründung des Kaiserreichs 1871 über die Weimarer Republik, den NS-Staat bis in die BRD und die DDR reicht. Der § 175 wurde in der BRD 1969 und 1973 zweimal reformiert und erst 1988 in der DDR und 1994 in der BRD abgeschafft⁽²⁻¹¹⁻¹⁾. Es gibt in der Folge heute offen schwul lebende Bundesminister oder regierende Bürgermeister und die einst linke, herrschaftskritische Schwulen- und Lesben-Bewegung ist fast völlig entpolitisiert. Das bedeutet aber keineswegs, dass ihre gesellschaftliche Anerkennung gesichert ist. Der § 218 enthielt in der DDR seit 1972 eine Fristenlösung, während das Verfassungsgericht ein entsprechendes Gesetz von 1974 für die BRD als verfassungswidrig erklärte. Erst 1995 wurde eine Fristenlösung mit Beratungspflicht eingeführt⁽⁶⁷⁾. Schwangerschaftsunterbrechung ist danach weiterhin illegal, aber unter bestimmten Bedingungen für Frauen mit einem legalen Aufenthaltsstatus straf frei⁽⁶⁸⁾. Die Kämpfe der feministischen Bewegung haben also in Bezug auf die Möglichkeit von Schwangerschaftsabbrüchen nur sehr begrenzte Erfolge erzielt. Immer mal wieder gibt es Angriffe der religiösen Rechten mit dem Ziel diese begrenzten Erfolge wieder zurückzunehmen. Aktuelle Beispiele aus der BRD sind die Schweigemärsche der sich selbst Lebensschützer nennenden oder der gescheiterte „Vorstoß der Gesundheitsminister*innen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ..., die Kostenübernahme durch die Krankenkassen einzuschränken“⁽⁶⁹⁾ von 2006.

Die wichtigste Freiheit, die die Demokratie garantiert ist die Freiheit der Menschen an ihrem Eigentum. Die kollektiven Anarchist*innen stimmen mit Marx überein, was die Folgen daraus sind: Das Eigentum lässt „jeden Menschen im anderen Menschen nicht die Verwirklichung, sondern vielmehr die Schranke der eigenen Freiheit finden.“⁽⁷⁰⁾ Diese Freiheit ist die Grundlage des Kapitalismus als System ökonomischer Herrschaft.

THESE
Eine Freiheit die gegeben werden muss, ist keine Freiheit mehr.

Die Demokratie gestattet den Menschen die Freiheit des Wählens und Gewählt werdens, der Meinungsäußerung und die Demonstrationsfreiheit. Aber: „Eine Freiheit die gegeben werden muss, ist keine

65 Carl von Clausewitz: Über die Repräsentative oder parlamentarische Regierung, in ders.: Worte eines Rebellen (Orig. 1885; 1978)

66 vergl. S. 24 – 26 in: Salih Alexander WOLTER: Komplizenschaft verweigern (2013)

67 S. 24 in: PRO CHOICE SACHSEN: Mein Körper gehört weder Kirche noch Staat – Weg mit §218 (2015)

68 vergl. AFFRONT (Hrsg.): Abtreibung, aus: Darum Feminismus, S. 14 in Alhambra (2013)

69 S. 23 in: PRO CHOICE SACHSEN: Mein Körper gehört weder Kirche noch Staat – Weg mit §218 (2015)

70 Karl MARX: Zur Judenfrage (MEW 1), zitiert nach: S. 432 in: Arnold KÜNZLI: Mein und Dein (1986)

Freiheit mehr.“⁽⁷¹⁾ Solche in Gesetze gegossene Freiheit mit Sanktionsdrohungen sind eine klare Negation von Freiheit. Diese beschränkte, von oben gegebene Freiheit gilt nur weil und solange die Demokratie das gleich- und warenförmige Handeln fast Aller garantieren kann. In Krisensituationen setzen die Demokrat*innen immer auf Repression und Außerkraftsetzung demokratischer Rechte.

Diese These lässt sich mit einer knappen Chronologie wichtiger, repressiver Beschränkungen aus der Zeit von Weimarer Republik und BRD belegen:

1919 - Die Regierung unter SPD-Chef Ebert setzt die faschistischen Freikorps gegen die aufständischen kommunistischen und anarchistischen Arbeiter*innen ein und lässt die Räterepubliken niederschießen. Noske macht den Bluthund.⁽⁷²⁾

1923 - Die SPD-geführte Reichsregierung ordnet die Reichsexekution, also die militärische Absetzung, gegen die gewählten SPD-KPD-Regierungen in Sachsen und Thüringen an. Die Rechtsregierung in Bayern hat weit häufiger und massiver gegen Anordnungen der Reichsregierung verstoßen. Gegen Bayern vorzugehen traut sich die Reichsregierung nicht, weil sie sich des Handelns der Reichswehr nicht sicher sein kann.⁽⁷³⁾

1929 - Der preußische SPD-Polizeipräsident verkündet ein Demonstrationsverbot am 1. Mai und lässt scharf schießen. Am Blutmai sterben allein in Berlin 25 Arbeiter*innen.⁽⁷⁴⁾

1930 - Die parlamentarische Demokratie als Herrschaftsinstrument funktioniert nicht mehr. Die „Demokraten“ regieren ab Brüning mit Notverordnungen. Die Zensur gegen kritische Zeitungen / Zeitschriften nimmt zu.

1950 / 51 – Der Stadtrat von Landsberg fordert 1950 die Freilassung aller politischen Gefangenen. Die Bayrische Landesregierung beschließt, die Verurteilten als Kriegsgefangene einzustufen und die Urteile nicht ins Strafregister einzutragen. Die politischen Gefangenen sind die in Landsberg einsitzenden Nazis und am 30.1.51 wurde beschlossen ihre Strafen herabzusetzen. Dagegen protestierende jüdische Displaced Persons wurden von der deutschen Polizei festgenommen⁽⁷⁵⁾.

Übersetzung:
Vertriebene

1956 – Ein Partei-Verbot gegen die bereits unbedeutende KPD wird verhängt. Es ist mehr Ausdruck von Antikommunismus und Ruhe für den Bundeswehr-Aufbau, denn von ernster Krise⁽⁷⁶⁾.

1958 – Das Bundesarbeitsgericht erlässt ein generelles Verbot politischer Streiks: Als Reaktion auf den Zeitungsstreik um Mitbestimmung von 1952, schrieb Carl Nipperdey ein Gutachten, dass Streiks nur im Rahmen von Tarifaueinandersetzungen zulässig sind. Das Verbot wurde unter seinem Vorsitz und mit Bezug auf sein Gutachten erlassen. Ab 1937 hatte sich Nipperdey gegen Streiks und für die Ständeordnung eingesetzt⁽⁷⁷⁾.

1968 – Die Notstandsgesetzgebung wird von der großen Koalition



71 S. 13 in: Marie Louise BERNERI: Reise durch Utopia (Orig. 1948; 1982)

72 vergl. S. 355ff in Bernd ENGELMANN: Einig gegen Recht und Freiheit (1982), siehe Gesellschaftliche Ordnung ohne Staat

73 vergl. Johann BERGMANN: Grundlagen, Entwicklung, Arbeit und Exekution der SPD in der Regierung Brüning in Sachsen (1986)

74 vergl. Klaus NEUKRANTZ: Barrikaden am Wedding (Orig. 1932 ?; 1970)

75 vergl. S. 37 in: Klaus VIEHMANN: Gute Mörder, schlechte Mörder (2007)

76 vergl. S. xx

77 vergl. Peter NOWAK: In der Defensive – zum politischen Streik in D ... (2013)

gegen die Revolte in Anschlag gebracht ^{(78) (79)}.

1972 – Die Berufsverbote gegen sogenannte Extremisten werden eingeführt. Die Regierung Brandt war unter dem Slogan „Mehr Demokratie wagen“ an die Macht gekommen. Am 28.1.1972 verhängte diese den Radikalenerlass ⁽²⁻¹³⁻¹⁾.

1976/77 - Die Terroristen-Hatz erreicht im Deutschen Herbst 1977 ihren Höhepunkt. Die Terroristen-Hatz wird von zahlreichen, meist dauerhaften Einschränkungen demokratischer Rechte begleitet z.B. dem 1976 neu eingeführten § 129a ⁽⁸⁰⁾.

1987/88 - Die dauerhafte Wiedereinführung der Zensur wird mit dem §§ 130 a, b eingeführt. Diese gab es bereits von 1976-81 als § 130a und § 88a. Stichworte dazu sind Innere Sicherheit und anschlagrelevante Themen ⁽⁸¹⁾.

1992/93 - Die Kohl-Regierung beschließt als Reaktion auf zahlreiche faschistische Angriffe gegen Migrant*innen die Zerschlagung des Asylrechts ^{(2-13-2) (82)}.

2001 ff - Nach den Anschlägen in den USA u.a. auf das World Trade Center und das Pentagon werden überall demokratische Rechte ausgehebelt (Terrorismus-Hype). Die Sicherheitsgesetzgebung in der BRD wird in mehreren Paketen verschärft ⁽⁸³⁾. Fast jeder folgende Anschlag wird für weitere Verschärfungen genutzt.

2005 – Die Hartz Gesetzgebung - nicht allein Hartz IV - der rot-grünen Regierung stellt einen massiven Angriff auf die soziale Sicherheit dar ⁽⁸⁴⁾.

ab 1990er - Ausweitung zivil-militärischer Zusammenarbeit ⁽⁸⁵⁾

2012 – Fiskalpakt ⁽⁸⁶⁾

2015 / 16 – Asylgesetzgebung ⁽⁸⁷⁾

Und wie Emma Goldman über die repressiven Gesetze, die die USA im 1. Weltkrieg erließ, schrieb: Es wurde versprochen, „that all war-legislation was to be abolished as soon as the world would be made safe for democracy ... [but] oppressive laws are particularly notorious for their longevity. ... The 'temporary' war legislation, sponsored by the American Federation of Labour, is now being used in the struggle against the toilers“ ⁽⁸⁸⁾

Übersetzung: ...dass alle Kriegs-Gesetzgebung sobald die Welt sicher für die Demokratie sei, aufgehoben werde, ... [aber] unterdrückende Gesetze sind insbesondere für ihre Langlebigkeit berüchtigt. ... Die 'befristete' Kriegs-Gesetzgebung, gefördert durch die 'Amerikanische Föderation der Arbeit' [damals die größte US-Gewerkschaft] wird heute in den Kämpfen gegen die Arbeiter*innen eingesetzt.

Anarchist*innen „sind nicht für eine größere Freiheit, denn eine größere Freiheit gibt man dem Sklaven, wenn man ihm seine Kette verlängert; wir möchten die Abschaffung der Kette und daher möchten wir die Freiheit und nicht eine größere Freiheit.“ ⁽⁸⁹⁾ Und dabei

78 vergl. Ulrike MEINHOF: Notstand – Klassenkampf (Orig. 1968; 1980)

79 S. 23 in: HKS 13 (Hrsg.): vorwärts bis zum nieder mit (Orig. Plakat 1968; 2002)

80 vergl. S. 34ff, 189-190 in: Enno BRAND: Staatsgewalt (1988), Klaus VIEHMANN: Gute Mörder, schlechte Mörder (2007)

81 vergl. S. 43ff, 292-293 in: Enno BRAND: Staatsgewalt (1988)

82 Vergl. Marei PELZER: Schritt für Schritt (2005?)

83

84

85

86

87

88 S. 97 in: Emma GOLDMAN: A Woman without a Country (Orig. 1939?; 2014)

89 S. 10 in: Alfredo M. BONANNO: Die anarchistische Spannung (Orig. 1995; o.J.)

geht es nicht nur um einzelne Ketten, sondern um alle, um Grenzen, um Geld und Eigentum, um ...

(2-11-1) vergl. http://de.wikipedia.org/wiki/§_175

(2-13-1) vergl. <http://www.berufsverbote.de>

(2-13-2) vergl. <http://www.friedenskooperative.de/ff/ff00/6-62.htm>

Gleichheit, Brüderlichkeit, Menschenrechte und Herrschaft

Die Demokratie gibt den Menschen darüber hinaus die formale Gleichheit. In Bezug auf die Emanzipation der Frauen brachte Ulrike Meinhof das darin enthaltene Problem auf den Punkt: „Aus der Emanzipationsforderung ist der Gleichberechtigungsanspruch geworden. Emanzipation bedeutete Befreiung durch Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, Aufhebung der hierarchischen Gesellschaftsstruktur ... Der Gleichberechtigungsanspruch stellt die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Ungleichheit nicht mehr in Frage, im Gegenteil, er verlangt nur die konsequente Anwendung der Ungleichheit, Gleichheit in der Ungleichheit.“⁽⁹⁰⁾ Diese formale Gleichheit wird über das Recht organisiert. Sie nützt u.a. den Armen, den Menschen mit sogenannten Behinderungen, den rassistisch Ausgegrenzten, der überwiegenden Mehrheit der Frauen und der Migrant*innen sowie den Menschen mit einem niedrigen Bildungsniveau wenig. Denn: Einerseits wirkt formale Gleichheit ungleich. Das Recht verbietet z.B. „Armen und Reichen gleichermaßen, unter Brückenbögen zu nächtigen.“⁽⁹¹⁾ Andererseits rechtfertigt die formale Rechtsgleichheit die reale Ungleichheit und erschwert vor allem über fehlende Geld-Ressourcen und die komplizierte Fachsprache des Rechts, dass die Rechte auch eingefordert werden. Auch ist es der moderne Grundsatz, dass Unkenntnis des Gesetzes nicht vor Strafe schützt, der angesichts der Masse der Gesetze, Urteile und Auslegungen, Herrschaft entlang der Klassenzugehörigkeit und rassistischen Linien (z.B. gegen Migrant*innen) mittels der Rechtsgleichheit organisiert.

Der dritte Grundpfeiler bürgerlich-demokratischer Ideologie ist die Brüderlichkeit. Diese manifestiert patriarchale Ausschlüsse. Wie Freiheit und Gleichheit ist sie im Wesentlichen beschränkt auf die nationale Volksgemeinschaft.

Nicht erst die Erklärung der UNO von 1948 erweiterte diesen Katalog der Menschenrechte. Selbst in den demokratischen Staaten wird die Würde des Menschen tagtäglich missachtet. Global gesehen haben die Menschenrechte in der praktischen Politik der demokratischen Staaten die Rolle einer Sonntagsrede und seit dem Jugoslawien-Krieg von 1999 die Rolle als Legitimation für imperialistische Angriffs-kriege mit D.U.-Munition (Anm. I). Kropotkin beschreibt das Problem treffend: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit werden so lange ein schöner Traum oder eine in den Mauern der ... Gefängnisse eingegrabene Lüge bleiben, als die Freiheit und die Gleichheit nicht die Grundlage der wirtschaftlichen Beziehungen der Menschen untereinander geworden sind.“⁽⁹²⁾

★ **Anm. I:** DU = Depleted Uranium, abgereichertes Uran; zu DU-Munition siehe Kapitel: Die Antimilitaristische Perspektive – Krieg nach Außen

90 S. 118 in: Ulrike MEINHOF: Falsches Bewußtsein (Orig. 1968; 1980), vergl. auch S. 63ff in: Emma GOLDMAN: Das Individuum, die Gesellschaft und der Staat (Orig. 1931 ?; 1977)

91 S. 58 in: Walter BENJAMIN: Zur Kritik der Gewalt (Orig. 1921; 1965)

92 S.94 in: Peter KROPOTKIN: Die repräsentative oder parlamentarische Regierung, in ders.: Worte eines Rebellen (Orig. 1885; 1978)

Demokratie und Faschismus

Kontinuitäten über 1945 hinaus

In der Zeit nach der Weltwirtschaftskrise, als die Weimarer Republik dem NS-Faschismus wich, stellte sich weltweit die folgende Frage:

„Shall we cure the evils of democracy by more democracy, or shall we cut the Gordian knot of popular government with the sword of dictatorship?“⁽⁹³⁾ Wie Emma Goldman denken wir, dass die Frage falsch gestellt ist. Die grundsätzliche Kritik an Herrschaft ist damit ausgeschlossen. Es scheint, als gäbe es nur die Möglichkeit auf das eine bzw. das andere mit ja und nein zu antworten.

Übersetzung: Sollen wir die Mängel der Demokratie mit mehr Demokratie kurieren, oder sollen wir die unlösbaren Probleme der Volksregierung wie den Gordischen Knoten mit dem Schwert der Diktatur zerhauen?^(93a)

Es gehört zu den Gründungsmythen der BRD, dass Demokratie und Faschismus sich ausschließen, als Gesellschaftssystem einen Unterschied ums Ganze darstellen. Die Frage nach Kontinuitäten, nach Parallelen stellt sich so nicht. Es wurde ein einfaches, binäres^(*) schwarz-weiss, gut-schlecht Bild konstruiert. In den letzten Jahren wurden die geschichtlichen Tatsachen, die dem entgegenstehen, offiziell anerkannt. Das Bild bekam Schrammen, wurde aber beibehalten. Der Gründungsmythos der BRD wird bis heute auch auf die EU und die NATO übertragen.

Jahrzehntelang, solange Altnazis an Schalthebeln demokratischer Herrschaft beteiligt waren, wurden die Risse offiziell totgeschwiegen. Es gab das Gedenken an den konservativ-militärischen Widerstand und das Attentat vom 20. Juli 1944. Es gab die großen Gedenkstätten. Ab Mitte der 1960er Jahre gab es eine Reihe von Prozessen, die über Einzelfälle urteilten. Und: Es gab das Gedenken an die deutschen Opfer des Krieges, die Kriegsgefangenen, die Vertriebenen und die von russischen Soldaten vergewaltigten Frauen. Die Deutschen waren in diesem Bild Opfer der NS-Diktatur, Opfer Hitlers.

„Was uns in die Radikalität trieb, war die soziale Kälte einer herzlosen Kriegsgeneration, die ihre beispiellosen Verbrechen leugnete oder verdrängte, die unfähig war, uns anderes als Besitzdenken und Anpassung zu lehren, die den Vietnamkrieg unterstützte, weil sie ohne Umschweife von der Vernichtungsstrategie gegen die 'Jüdische [-Bolschewistische] Weltverschwörung' zur Vernichtungsstrategie gegen die 'Bolschewistische Verschwörung' übergegangen war, eine Generation, die nichts dabei fand, dass ehemalige Massenmörder(*innen) zu dekorierten Held(*innen) der Demokratie gekürt wurden.“⁽⁹⁴⁾

Mit dem Marsch durch die Institutionen erreichte die Kritik der 68er verwässert die offizielle Politik. Die offizielle Aufarbeitung bedeutet immer auch eine Ent-sorgung der Geschichte. Das Ergebnis ist fast durch-gängig eine intensive Erforschung und Anerkennung der Verbrechen des Nationalsozialismus, die klare Distanzierung davon, aber auch die Weigerung, die Bedeutung für heute wahrzunehmen. Der Nationalsozialismus ist in dieser Lesart ein verbrecherischer Teil der deutschen Geschichte, aber er ist vorbei, ist „Geschichte“. Die Extremismusdebatte setzte dann noch einen drauf. Die Orte der NS-Konzentrationslager wurden nach 1945 weiter genutzt. Die Weiternutzung im Westen

93 Emma GOLDMAN: The Individual, Society and the State (Orig. 1940)

(93a) S. 63 in: Emma GOLDMAN: Das Individuum, die Gesellschaft und der Staat (Orig. 1940; 1977)

94 S. 18 in: Inge VIETT: Nie war ich furchtloser (1996)

wurde nie breit und kritisch diskutiert, die Weiternutzung im Osten führte nach 1990 zu einer Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus, weil den Verbrechen der Stasi gleichberechtigt am selben Orten gedacht wird.

Sehen wir uns die Beteiligung der Altnazis am Wiederaufbau der BRD genauer an. „Als Haupthindernis für einen breiten gesellschaftlichen Konsens zur ... Selbstreinigung erwies sich dabei, dass die Herrschaft des Nationalsozialismus nicht ausschließlich auf Manipulation und Terror beruht hatte, sondern auf einem hohen Maß sozialer Akzeptanz gegründet war.“⁽⁹⁵⁾ Nach Notizen der US-Militärs hätten freie Wahlen 1946 eine modifizierte NS-Regierung an die Macht gebracht⁽⁹⁶⁾. Aus der anfänglich breiten Massen-Entnazifizierung der Alliierten wurde faktisch eine Massenrehabilitierung⁽⁹⁷⁾. Der Kalte Krieg und die Kontinuität des Anti-Kommunismus waren dafür mit entscheidend. Die Bundesregierung gab zu, dass es gleich nach Gründung der Bundesrepublik aus allen Parteien Bestrebungen die Säuberungen zu beenden bzw. rückgängig zu machen gab⁽⁹⁸⁾. „Ein wichtiges Indiz für die veränderte Mentalität war die Verabschiedung des Gesetzes betreffend Art. 131 des Grundgesetzes im Jahre 1951, das die Versorgung und Wiedereinstellung der im Rahmen der Entnazifizierung 'verdrängten' Beamten in den Staatsdienst regelte, sowie die Straffreiheitsgesetze aus den Jahren 1950 und 1954, die unter bestimmten Bedingungen eine Amnestie auch für untergetauchte NS-Funktionäre zusicherte.“⁽⁹⁹⁾ Viele der bis 1949 verurteilten profitierten jetzt von Amnestien. Auf allen Ebenen wurden aus Nazis Demokrat*innen. Demokrat*innen, die es kategorisch ablehnten, „sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen oder gar für sie zu büßen!“⁽¹⁰⁰⁾ Berthold Brecht fasste das in Gedichtform⁽¹⁰¹⁾.

Die Bundesregierung, nicht linksradikale Kritiker*innen, sagt über die Anfangsjahre der BRD: „Die personelle und in Teilen auch inhaltliche Kontinuität, etwa im Beamtenapparat, in einzelnen Bundesministerien, in Polizeien, Geheimdiensten, der Bundeswehr und dem Justizapparat haben schwerwiegende Folgen für das politische Klima dieser Phase

Das gute Leben:

aus: Bert Brecht: Freiheit und Democracy^(101, Anm. I)



...
Gleichen Schritts marschieren die Lehrer
Machtverehrer, Hirnverheerer
Für das Recht die deutsche Jugend
Zu erziehn zur Schlächertugend.

Folgen die Herrn Mediziner
Menschenverächter, Nazidiener
Fordernd, dass man ihnen buche
Kommunisten für Versuche.

Drei Gelehrte, ernst und hager
Planer der Vernichtungslager
Fordern auch für die Chemie
Freiheit und Democracy.

Folgen, denn es braucht der Staat sie
Alle entnazten Nazi
Die als Filzlaus in den Ritzen
Aller hohen Ämter sitzen.

Dort die Stürmerredakteure
Sind besorgt, dass man sie höre
Und nicht etwa jetzt vergesse
Auf die Freiheit unserer Presse.

Einige unsrer besten Bürger
Einst geschätzt als Judenwürger
Jetzt geknebelt, seht ihr schreiten
Für das Recht der Minderheiten.

...

Nimm dir Zeit für das gute Leben.

★ **Anm. I:** Brecht brach erst spät mit dem Stalinismus

95 S. 57 in: Clemens VOLLNHALS (Hrsg.): Entnazifizierung (1991)

96 vergl. S. 87 in Ralph GIORDANO: Die zweite Schuld (Orig. 1987; 1990)

97 vergl. S. 55 in: Clemens VOLLNHALS (Hrsg.): Entnazifizierung (1991)

98 vergl. S. 1 in: BUNDESREGIERUNG: Bundestagsdrucksache 17/8134 (2011)

99 Peter BRANDT: Die Auseinandersetzung Deutschlands mit dem Nationalsozialismus nach 1945 (2006)

100 S. 93 in Ralph GIORDANO: Die zweite Schuld (Orig. 1987; 1990)

101 vergl. Berthold BRECHT: Der anachronistische Zug oder Freiheit und democracy (Orig. 1947; 1985)

gehabt.“⁽¹⁰²⁾ Aber auch die DDR, die sich selbst als anti-faschistisch bezeichnete, brauchte die Fachleute aus dem Nationalsozialismus, ebenso Geheimdienste aus aller Welt oder die Rüstungsindustrie der Supermächte.

Überlebende der Shoah mussten die NS-Täter*innen als Stützen der Demokratie erleben. Kommunist*innen und Anarchist*innen als politisch Verfolgte des NS-Regimes oder auch Roma und Sinti oder Schwule begegneten ihren Verfolger*innen aus der Nazizeit erneut als die, die über ihr Leben bestimmten. Diese waren wieder ihre Vorgesetzten in den Betrieben, sie sprachen immer noch Recht über sie als Staatsanwält*innen und Richter*innen, steckten die Kommunist*innen nach dem KPD-Verbot 1956 wieder in den Knast usw. In der Verfolgung der Roma und Sinti gab es überhaupt keinen Bruch. Sie galten weiter als asozial. Renten bekam, wer eine gut bezahlte Stelle im Nationalsozialismus hatte, nichts bekam oft, wer Widerstand geleistet hatte oder aus rassistischen Gründen ins KZ gesteckt wurde – nochmal die Bundesregierung: „Zahlreiche Opfer der NS-Politik mussten über Jahrzehnte auf finanziell häufig geringe Entschädigungen warten oder bleiben bis heute von solchen Entschädigungen ausgenommen, während die Versorgung von Mitläufern und Tätern des NS-Regimes politische Priorität genoss.“⁽¹⁰³⁾ Kein Geld der Welt könnte die Leiden der Verfolgten ausgleichen – aber, nicht selten durch die Folgen der Torturen chronisch krank, hätten sie es für ein würdigeres Leben gebraucht.

★ **Anm. II:** Hans Globke – 1925 stellvertr. Polizeipräsident Aachens, 1929 Regierungsrat im Preußischen Innenministerium, Oktober 1933, befördert zum Ober-Regierungsrat – sein Referat



Globke, 2. Reihe Mitte, mit Frick in Bratislava, Sept. 1941⁽²⁻¹⁷⁻¹⁾

„lieferte ... den gesamten gesetzlichen Rahmen für die Entrechtung der Jüd*innen“, er verfasste einen offiziellen Kommentar zu den anti-jüdischen Nürnberger Gesetzen, 1938 Beförderung zum Ministerialrat, organisierte in dieser Position die Zwangsaussiedelung von 500000 Menschen aus dem Sudetenland, bis kurz vor dem Zusammenbruch zuständig für alle Verwaltungsakte gegen Jüd*innen, Roma & Sinti, und anderer sogenannter 'minderrassiger' Volksgruppen, parallel dazu Agent des Vatikans, Nr. 101 auf der alliierten Liste der wichtigsten Kriegsverbrecher, Ende 1946 rehabilitiert und CDU-

Mitglied in Aachen⁽¹⁰⁴⁾, 1953 bis 1963 Chef des Bundeskanzleramtes. Der BND unter Gehlen investierte 1961 50.000 Mark um das Buch von R. Strecker: „Dr. Hans Globke – Aktenauszüge, Dokumente“ vom Markt zu nehmen und veranlasste den Verlag keine Neuauflage herauszubringen⁽²⁻¹⁷⁻²⁾.

Die Kontinuitäten in der politischen Klasse von der Weimarer Republik über den NS-Staat bis in die BRD lassen sich exemplarisch an Hans Globke (Anm. II,⁽²⁻¹⁷⁻¹⁾⁽¹⁰⁴⁾⁽²⁻¹⁷⁻²⁾) belegen, der 1953 bis 1963 Staatssekretär im Bundeskanzleramt war. Die Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage listet eine ganze Reihe von wichtigen

★ **Anm. III:** Die aufgelisteten Politiker sind ausnahmslos Männer.



Kontinuität – Thema auf einer Demo gegen Stuttgart 21⁽²⁻¹⁷⁻³⁾

102 S. 1 in: BUNDESREGIERUNG: Antwort auf Große Anfrage zum Umgang mit

103 S. 2 in: ebenda

104 vergl. S. 111 – 117 in: Bernd ENGELMANN: Wie wir wurden was wir sind (1980)

Politikern (Anm. III) aller großen Parteien, die NSDAP-, SA- oder SS-Vergangenheit haben, so Bundeskanzler Hans-Georg Kiesinger ⁽²⁻¹⁷⁻³⁾, NSDAP-Mitglied seit 1933 oder der von der RAF hingerichtete Bundesschatzminister Kurt Schmücker, NSDAP-Mitglied seit 1937 ⁽¹⁰⁵⁾.



★ **Anm. IV:** Reinhard Gehlen ⁽²⁻¹⁸⁻¹⁾ - in der Weimarer Republik Mitglied der schwarzen Reichswehr, im NS-Staat General, an der Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR beteiligt, ab 1940 Chef der Spionage- "Abteilung Fremde Heere Ost", am 9.4.45 von Hitler entlassen, 1946 Chef der von der USA gegründeten deutschen nachrichtendienstlichen Dienstes "Organisation Gehlen", 1956 - 1968 erster Präsident des daraus hervorgegangenen Bundesnachrichtendienstes.

Wie die FAZ berichtete organisierte Gehlen die ex-NS-Seilschaften, half Alois Brunner bei der Flucht und war mit dem rechtsradikalen Verleger Gerhard Frey befreundet ⁽¹⁰⁶⁾.

Die massiven personellen Kontinuitäten beim Aufbau von Bundeswehr, Polizei und Geheimdiensten (Anm. IV, ⁽²⁻¹⁸⁻¹⁾ ⁽¹⁰⁶⁾) sind mittlerweile gut dokumentiert. So bekennt die offizielle

★ **Anm. V:** Die BKA-Führungsriege war ein reiner Männerbund.

Geschichtsschreibung: „Im Jahr 1958 befanden sich unter 47 Führungsbeamten des BKA 33 ehemalige SS-Führer.“ ⁽¹⁰⁷⁾ (Anm. V) Die Verbrechen des NSU haben wieder öffentlich deutlich gezeigt, dass Geheimdienste und Justiz bis heute auf dem rechten Auge ziemlich blind sind. Ein kritischerer Blick auf die Mordserie der NSU und den Umgang von Geheimdiensten und Justiz damit zeigt aber mehr, eine zumindest latente Unterstützung durch staatliche Organe.

Die Justiz der Bundesrepublik war durch und durch braun. Allein zwei Wikipedia-Listen nennen mehr als 30 Richter des Volksgerichtshofes, die ihre Karriere in oft hohen Positionen an Gerichten (z.B. H.-D. Arndt und A. Münich als Senatspräsidenten am Oberlandesgericht Koblenz bzw. München) der BRD fortsetzten. Viele weitere eröffneten nach 1945 Anwaltskanzleien ⁽²⁻¹⁸⁻²⁾. Am Beispiel Niedersachsens lässt sich die durchgängige Besetzung der Gerichte mit NS-Tätern klar aufzeigen: Von 767 in der Nazizeit tätigen Richtern (Anm. V) wurden 25 entlassen. Gut jeder zweite war 1948 weiter in seiner alten Position tätig, mehr als 70 % waren ehemalige NSDAP-Mitglieder. Es gab in Niedersachsen nur 8 Richter, die als aktive Gegner des NS vor 1945 verurteilt worden waren. Viele dieser NS-Richter schützten aktiv andere Nazis. An einer Reihe von Oberlandesgerichten gab es deshalb keine oder fast keine Anklagen wegen Verbrechen an der Menschlichkeit ⁽¹⁰⁸⁾.

★ **Anm. V:** Auch diese waren fast (?) ausschließlich männlich.

Nur wenige Wissenschaftskarrieren endeten. Die Ausstellung „Graben für Germanien“ ⁽²⁻¹⁸⁻³⁾ macht dies 2013 für die Vorgeschichtsforschung ebenso deutlich, wie die Kontinuität

105 vergl. S. 13 – 14 in: BUNDESREGIERUNG: Bundestagsdrucksache 17/8134 (2011)

106 Lutz HACHMEISTER: Weiße Flecken in der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes (2008)

107 Andrej STEPHAN: Geschichte des Bundeskriminalamtes zwischen 1949 und 1981 (2011)

108 n.n.: Niedersächsische Justiz – 71 Prozent der Richter und Staatsanwälte waren Pgs, Telegraf vom 31.7.1948, S. 330 in: Clemens VOLLNHALS (Hrsg.): Entnazifizierung (1991)

nationalistischer Geschichtsinterpretationen.

Ein Besuch 2002 in Guxhagen, Hessen, in der Gedenkstätte Konzentrations- und Arbeiterziehungslager Breitenau ⁽¹⁰⁹⁾ machte um 1990 in der Ausstellung erschreckend die Kontinuität im sozialen Bereich deutlich. Bis Anfang der 1970er Jahre bestand an diesem Ort ein Lager für sogenannte schwer-erziehbare Mädchen mit Kontinuität sowohl in der Person der Leiterin als auch in den brutalen Methoden aus der NS-Zeit, von Körper-Ertüchtigung im NS-Stil, über stundenlangem Strammstehen bis zur Isolierzelle im Keller für verschärfte Einzelhaft. Diese Kontinuität findet in dem Buch über die Gedenkstätten heute keine Erwähnung mehr.

Verdrängung war bis in die 80er Jahre die vorherrschende Art des Umgangs mit der NS-Zeit. An vielen Orten, an denen Gedenkstätten bestehen, begegnen Besucher*innen bis heute der Abwehr durch die Anwohner*innen, wenn auch nicht mehr so durchgängig und massiv wie vor Jahren. In Esterwegen gab es 1987 z.B eine Gedenktafel zu den Emslandlagern an einem von der Bundeswehr genutzten Gelände. Es gab keinen Wegweiser und die Anwohner*innen reagierten durchgängig mit Wegdrehen oder Beschimpfungen.

Es gab keinen Bereich des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, der frei von diesen Kontinuitäten war. Es hätte Anti-Faschist*innen gegeben, um die neue Gesellschaft anders zu organisieren: Die wenigen, die im NS-Alltag kleine Handlungen der Solidarität und des praktischen Widerstandes lebten, die Überlebenden der KZ und Menschen, die aus dem Exil zurück kehrten – aber das war nicht gewollt (Anti-Kommunismus, McCarthy-Aera).

(2-17-1) https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Globke#mediaviewer/File:Bundesarchiv_Bild_183-78475-0001,_Bratislava,_Frick_und_Globke.jpg

(2-17-2) vergl. https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Globke

(2-17-3) sarang: Demo gegen Stuttgart 21, Stuttgart 29.10.2012 https://commons.wikimedia.org/wiki/Kurt_Georg_Kiesinger?uselang=de#mediaviewer/File:Protest_against_S21_29Okt2012-83.jpg

(2-18-1) https://de.wikipedia.org/wiki/Reinhard_Gehlen#mediaviewer/File:Bundesarchiv_Bild_183-27237-0001,_Reinhard_Gehlen.jpg

(2-18-2) vergl. https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Richter_am_Volksgerechtshof;
https://de.wikipedia.org/wiki/Volksgerechtshof#Der_Volksgerechtshof_und_die_Nachkriegsjustiz

(2-18-3) <http://www.focke-museum.de/de/sonderausstellungen/aktuell/germanien>

Der Tiefe Staat und der Soziale Krieg

Als Tiefer Staat werden staatliche, oft paramilitärische Strukturen bezeichnet, die den Sozialen Krieg führen. Der Soziale Krieg ist ein Krieg „niedriger Intensität, den der Staat gegen die sozialen Beziehungen seiner eigenen Bevölkerung führt.“ ⁽¹¹⁰⁾ Da denkt fast jede* an Diktaturen, an nur formal demokratische Staaten im Trikont. Mexiko führt einen solchen Krieg niederer Intensität u.a. seit 1996 in der Provinz Chiapas gegen die Selbstorganisation der Zapatistas. Dieser soziale Krieg umfasst u.a. Umsiedlungen in sogenannte Landstädte, strategische Infrastruktur-Projekte, eine breite Militärpräsenz mit vielfachen Schikanen sowie Drohungen und Morde durch Paramilitärs.

In den hiesigen Medien wurde der Begriff der Tiefe Staat in der letzten Zeit am häufigsten im Zusammenhang mit dem Ergenekon-Prozess in der Türkei verwendet. Ergenekon, benannt nach dem türkischen National-Mythos, soll eine kemalistisch ^(*)-nationalistische

109 vergl. S. 311 – 314 in: Ulrike PUVOGEL, Martin STANKOWSKI: Gedenkstätten für die Opfer des NS (1996)

110 ANONYM: Sind wir im sozialen Krieg? (2013)

Verschwörung gewesen sein, die sich ab 2003 das Ziel gesetzt haben soll, Präsident Erdogan zu stürzen. 2007 erfolgte die erste Razzia. Es gab die Hoffnung auf Aufklärung des paramilitärisch organisierten Staatsterrorismus, nicht nur gegen Kurd*innen, und dessen enge Verknüpfung mit dem kemalistischen Apparaten aus Militär und Polizei. Hunderte Personen, darunter solche mit höchsten Rängen aus Militär und Polizei, Mafiosi, kemalistische Intellektuelle und Journalist*innen wurden angeklagt. Es gibt eine breite Kritik, dass die Justiz diesen Prozess nicht zur Aufklärung des Tiefen Staates nutzte. „Ergenekon wurde zu einem Freibrief, all jene zum Schweigen zu bringen, die sich der Ideologie der Regierung [des sich moderat gebenden Islamisten Erdogan] widersetzen.“⁽¹¹¹⁾ Medien wie die FAZ, aus der dieses Zitat stammt, nutzen den Prozess, um aufzuzeigen, dass die Türkei nicht reif für ein demokratisches Europa ist.

Aber – sah und sieht es im demokratischen Europa viel besser aus? Der Tiefe Staat geht hier oft eine enge Verzahnung mit dem Faschismus ein. Beispiele aus Italien und Griechenland (näheres dazu im nächsten Abschnitt: Faschismus in der Demokratie an Beispielen) zeigen das klar auf. Im

Zusammenhang mit dem NSU-Prozess hinterfragten u.a. ARD und Freitag, ob es auch in der BRD den Tiefen Staat gibt⁽¹¹²⁾. Anlässlich der gemeinsamen Spähprogramme von BND und NSA, die der Bundesregierung über Jahre bekannt waren, schreibt Rolf Gössner: „Diese

Skandale haben System und dieses System ist ein Geheimsystem, das mit den technologischen Möglichkeiten des digitalen Zeitalters Gesellschaften und Demokratien auf immer aggressivere Weise durchsetzt. Der 'tiefe Staat' lässt grüßen.“⁽¹¹³⁾ Ja, es gibt auch hier den Tiefen Staat und der Soziale Krieg findet statt. Und weit mehr gibt es starke Bemühungen, die Strukturen des Tiefen Staates auszuweiten (Militarisierung der Gesellschaft, totale Überwachung, Verarmungsstrategien wie Hartz IV, ...). Ausweitung ist teils noch verharmlosend. Weltweit sind „wir Zeugen eines fatalen Wettrüstens im globalen Informationskrieg der Geheimdienste.“⁽¹¹⁴⁾ Der Tiefe Staat ist eine Tendenz, die in der Staatlichkeit, auch der demokratisch organisierten Staatlichkeit angelegt ist.

THESE

Der tiefe Staat und der Soziale Krieg sind auch in der BRD Realität und werden ausgeweitet.

THESE

Faschismus in der Demokratie an Beispielen

Faschismus bietet den Menschen einfache Lösungen an. Diese einfachen Lösungen weisen alle Schuld anderen, als fremd Definierten zu. In gesellschaftlichen Krisen kann das genutzt werden, um den Kapitalismus als solches aus der Kritik zu nehmen, ihn z.B. mit rassistischen und patriarchalen Gedanken neu zu rechtfertigen. Derzeit funktioniert das noch im Rahmen von Demokratie.

Nach außen werden immer wieder die ach so demokratischen, freiheitlichen Grundrechte in der BRD und der EU, der westlichen Wertegemeinschaft in Stellung gebracht. Es wird z.B. die brutale Polizeigewalt der Türkei 2013 gegen die Demonstrant*innen auf dem Taksim-Platz angeprangert. Die Demonstrant*innen werden dabei von den Grünen bis zur

111 Karen KRÜGER: Ergenekon-Prozess – Ein neuer Tiefer Staat in der Türkei (2013)

112 GOLD STAR FOR ROBOT BOY: ARD hinterfragt Tiefen Staat im NSU-Komplex (2013)

113 S. 1 in: Rolf GÖSSNER: Tiefer Staat? - Essay zu BND & NSA (2015)

114 S. 3 in ebenda

FAZ als Zivilgesellschaft vereinnahmt ⁽¹¹⁵⁾, die radikalen, herrschaftskritischen Positionen fallen dabei unter den Tisch ⁽¹¹⁶⁾. Ja, Erdogan ist ein reaktionärer, autoritärer Herrscher, den es um die Re-Islamisierung der Türkei, also um ein Zurück zu Vorstellungen aus der Zeit des Osmanischen Reiches, geht. Aber der Unterschied ums Ganze existierte bis zu dem inszenierten Putschversuch 2016 ⁽¹¹⁷⁾ nicht. Das brutale Vorgehen der deutschen Polizei in Frankfurt/Main gegen die Blockupy-Proteste ⁽²⁻²⁰⁻¹⁾ wenige Wochen vor den Angriffen auf die Menschen vom Taksim-Platz war sofort vergessen.

2013 wird auch der totalitäre Charakter der PRISM-Überwachung (Anm. I) in den USA angeprangert. Dann wird Massenmedien-öffentlich, dass Großbritannien mit dem Programm Tempora ⁽¹¹⁸⁾ noch umfassendere Überwachungs-Methoden anwendet.



Das die EU mit Indect ⁽²⁻²⁰⁻²⁾, siehe: Krieg nach Innen) ebenfalls weitere Schritte in Richtung totalitärer Überwachungsstaat

★ **Anm. I:** Als der große Skandal gilt den Mainstream-Medien, dass mit PRISM auch EU-Institutionen ausgespäht wurden. Was die Totalitäre Entwicklung der westlichen Staaten nach den Anschlägen des 11. September 2001 rückt nur selten in den Blickpunkt.

vorbereitet wird medial verschwiegen. Gerade zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens von PRISM ⁽¹¹⁹⁾ in Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur Transatlantischen Handels- und Investitions-Partnerschaft (TTIP) ⁽²⁻²⁰⁻³⁾ hat die EU Kommission auch „den Gesetzesentwurf zur neuen Datenschutzverordnung verwässert um den Datenaustausch mit ausländischen Geheimdiensten zu vereinfachen.“ ⁽²⁻²⁰⁻⁴⁾

Die historischen Grenzen zwischen demokratischem und faschistischem Staat sind fließend. Der damalige Kriegsminister und Sozialdemokrat Bonomi schickte „quasi offiziell mit Rundschreiben ... am 20. Oktober 1921 ... 60.000 demobilisierte Offiziere in die Sturmgruppen Mussolinis ..., um sich das Kommando über sie zu sichern.“ ⁽¹²⁰⁾ Die Gewerkschaft CGL rief die Arbeiter*innen dazu auf, sich aus dem Konflikt zwischen Kommunist*innen und Faschist*innen herauszuhalten. Die Armee griff im Konflikt mit den Faschist*innen, die Rom belagerten nicht ein. Der ehemalige Generalstabschef Badoglio sprach sich für Mussolini aus, der König forderte Mussolini auf, eine Regierung zu bilden und die Demokrat(*inn)en im Parlament wählten den Duce mit 306 zu 116 Stimmen. Mussolinis Partei stellte nur 35 Abgeordnete ⁽¹²¹⁾. Das war im Oktober 1922. Er legte in der Folge, demokratisch legitimiert, das Fundament der faschistischen Diktatur ab 1925 ⁽²⁻²¹⁻¹⁾. Bis heute findet sich die früher verbreitete konservative österreichische Geschichtsschreibung (Anm. II, ⁽¹²²⁾), die die 1. Republik von 1918 bis 1938 rechnet. Der

★ **Anm. II:** Das dtv-Lexikon machte in der Ausgabe von 1973 noch den blutigen Aufruhr der republikanischen Schutztruppen für das Verbot der SPÖ verantwortlich ⁽¹²²⁾

115 vergl. Karin KRÜGER: Still gestanden (2013); Barbara LOCHBIHLER: Eindrücke vom Taksim-Platz (2013)

116 vergl. S. xx

117 vergl. S. xx

118 vergl. Christian STÖCKER: Geheimdienst-Überwachung - Die Macht der britischen Datensauger (2013)

119 vergl. Barton GELLMAN, Laura POITRAS: U.S., British intelligence mining data from nine U.S. Internet companies in broad secret program (2013)

120 S. 8 in: Gilles DAUVÉ: Wenn die Aufstände sterben (Orig. 1998; o.J.)

121 vergl. S. 8 – 9 in ebenda

122 vergl. S. 268 in: DTV-LEXIKON (Orig. 1966; 1973)

Bruch durch den Austro-Faschismus unter den Regierungen Dollfuß und Schuschnigg wird in der erstgenannten Online-Quelle nicht mal erwähnt ⁽²⁻²¹⁻²⁾. Auch Hitler (30.1. – 5.3.1933), war wie Dollfuß (20.5.1932 – 30.4.1934) ⁽²⁻²¹⁻³⁾ und Mussolini zunächst formal demokratisch legitimierter Regierungschef. Die Demokrat*innen verhalfen dem Faschismus zur Macht. Die katholische Partei 'Zentrum' stimmte im März 1933 dem Ermächtigungsgesetz zu, die SPD im Mai Hitlers Außenpolitik. Es half ihnen nichts: im Juni wurde die SPD und im Juli das Zentrum aufgelöst ⁽¹²³⁾.

Die Grenzen zwischen konservativen Parteien und rechtsradikalen Parteien waren häufig offen. Zwei Autoren der von der 1958 von der Evangelischen Kirche gegründeten „Aktion Sühnezeichen“ veröffentlichten 1980 die sehr engen Verbindungen von Unionspolitiker(*inne)n zu Rechtsradikalen im In- und Ausland ⁽¹²⁴⁾. F. J. Strauss und andere CSU-Politiker gehörten auch zu den Unterstützer*innen der Colonia Dignidad, einer klerikal-faschistischen Sekte und autarken Kommune in Chile, die u.a. durch massiven sexuellen Missbrauch, den Einsatz von politischen Gefangenen zur Zwangsarbeit, durch medizinische Menschenversuche und als Folterzentrum der Pinochet-Diktatur bekannt wurde ⁽²⁻²¹⁻⁴⁾.

Die guten Wahlergebnisse von offen faschistischen Parteien in den EU-Staaten werden thematisiert und problematisiert. Die Übergänge zwischen Demokratie und Faschismus, die Einbindung von faschistischen Positionen und offen agierenden Faschist*innen in die Bündnisse der großen europäischen Volksparteien im EU-Parlament werden dagegen in den Mainstream-Medien eigentlich nie thematisiert. Das verschiebt den demokratischen Konsens eben nach rechts.

Jörg Haider übernahm 1986 die FPÖ. Er drängte den liberalen Flügel aus der Partei und richtete sie mit nationalistischen Sprüchen und Zitaten aus der NS-Zeit neu aus. Es gab europaweit Proteste. Massive Proteste gab es nochmals als 2000 die ÖVP unter Wolfgang Schüssel eine Koalition mit der FPÖ einging und diese österreichische Regierungspartei wurde. Die politische Nähe zu faschistischen Positionen und die Aktivität von offen Rechtsradikalen produzieren immer wieder kurzzeitig Skandale ⁽²⁻²¹⁻⁵⁾. Die vielen Skandale, die Spaltung der FPÖ in FPÖ und BZÖ und Haiders Tod schwächten die FPÖ nicht nachhaltig. Die Bundespräsidentenwahl 2016 brachte der FPÖ im ersten Wahlgang mit 35 % die relative Mehrheit und im zweiten Wahlgang 50 % der Stimmen ⁽²⁻²¹⁻⁶⁾.

Silvio Berlusconi in Italien ist eine weitere Figur, die für den Übergang zwischen Faschismus und Demokratie steht. 1978 trat er in die Geheimloge P2 ein. Die P2 war Teil des europaweiten, von der CIA koordinierten Gladio-Netzwerkes ⁽¹²⁵⁾. Gladio steht für den Staatsterror des kalten Krieges, als NATO-Schutz vor dem Kommunismus. Die P2 zielte durch Terror-Anschläge die linksradikalen Gruppen unter geschoben wurden, so auf den Bahnhof von Bologna 1980 mit 85 Toten ⁽²⁻²²⁻¹⁾ auf ein anti-kommunistisches Klima und die Zerschlagung des Operaismus. 1993 unterstützte Berlusconi den Neofaschisten Gianfranco Fini in der Stichwahl zum Oberbürgermeisteramt in Rom. Seine Regierungen und seine eigenen Parteien Forza Italia (ab 1994), „die 2009 in der auf seine Initiative gegründeten Partei Popolo della Libertà aufging“ ⁽²⁻²²⁻²⁾ führte Berlusconi mit harter Hand und offenem Sexismus. Er führte zahlreiche Gesetze aus der Zeit des italienischen Faschismus wieder ein und erließ Gesetze, die seine kriminellen Machenschaften vor dem

123 vergl. S. 15 in: Gilles DAUVÉ: Wenn die Aufstände sterben (Orig. 1998; o.J.)

124 vergl. Alvin MEYER, Karl-Klaus RABE: Einschlägige Beziehungen von Unionspolitikern (1980)

125 ASANSÖPRESS35: Vom Staat gedeckter Terror? (2013)

Zugriff der Justiz schützen. Seine Parteien sind wie die CDU/CSU Teil der Fraktion der Europäischen Volkspartei im EU-Parlament und damit demokratisch legitimiert.

Die Akzeptanz der Politik von FPÖ und Forza Italia durch die bürgerlichen Parteien und das Eingehen von (Regierungs-)Zusammenarbeit mit diesen hatten einen Türöffner-Effekt für die später bedeutende Wahlerfolge erzielenden Rechtsparteien in der EU. Die offene Zusammenarbeit mit Neo-Faschist*innen ist kaum Skandal mehr, wird lieber verschwiegen, als kritisch hervorgehoben. Sehr auffällig ist auch, dass es demokratischer Konsens geworden ist, Staat und Gesellschaft autoritär zu formieren, Überwachung und Kontrolle immer weiter auszubauen.



Die Neue Ungarische Garde marschiert gegen den Jüdischen Weltkongress in Budapest, Mai 2013 ^{(127) (2-22-3)}

Drei Beispiele müssen im Folgenden noch erwähnt werden, da sie mit brutaler, offen faschistischer Gewalt vorgehen. Da ist zum einen FIDESZ, die ungarische Regierungspartei. Auch FIDESZ ist Teil der Fraktion der Europäischen Volkspartei im EU-Parlament. FIDESZ entwickelte sich von einer kleinen, intellektuellen anti-kommunistischen Gruppe zu einer extrem autoritären und nationalistischen Partei, die bei den Wahlen 2010 die absolute Mehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen erzielte. Massive verbale Proteste erhoben die Medien als die Pressefreiheit faktisch abgeschafft wurde und die EU keine klare Rücknahme forderte ⁽¹²⁶⁾. Die klerikal-faschistische Partei Jobbik wurde 2003 gegründet. Sie ist seit 2010 drittstärkste Partei. Gerade die Jugendverbände von FIDESZ und Jobbik arbeiten eng zusammen. Im Sommer 2007 wurde die rechtsradikale Neue Ungarische Garde ^{(127) (2-22-3)} gegründet, die personelle Verbindungen zu FIDESZ aufweist. Seitdem herrscht in Ungarn, gerade in ländlichen Regionen, brutale Gewalt gegen Linke, Roma, Sinti und andere Minderheiten. FIDESZ „überlässt .. zum einen 'dem Volkszorn' seine Ventile in Form der 'Garden' und ein wenig Antisemitismus, zum anderen bedient ... [FIDESZ] gezielt die Themenfelder der Rechtsradikalen.“ ⁽¹²⁸⁾ 32 Millionen an Steuergeldern gab FIDESZ für die rassistische Propaganda zum Referendum am 2.10.2016 aus. Abgestimmt wurde über die Frage: „Wollen sie, dass die EU auch ohne die Zustimmung des Parlaments die verpflichtende Ansiedlung von nicht-ungarischen Staatsbürgern in Ungarn vorschreiben kann?“ Die FIDESZ machte die Migrant*innen in der Kampagne kollektiv u.a. für den Import von Terrorismus und sexistischen Belästigungen von Frauen verantwortlich ⁽¹²⁹⁾. Eine Woche darauf wurde die größte ungarische Tageszeitung ausgeschaltet. „Es besteht nicht der Hauch von Zweifel daran, dass die plötzliche Auflösung der Népszabadság auf den Befehl dieses Kreises hin erfolgte.“ ⁽¹³⁰⁾

Die Traditionen der griechischen Polizei, die bis in die letzte Militärdiktatur reichen, wurden nie aufgearbeitet. Sehr viele Polizist*innen wählten bei den letzten Wahlen die faschistische Goldene Morgenröte ⁽²⁻²³⁻¹⁾. Elite-Polizei bildet die Schlägerbanden der

126 vergl. Alice BOTA: Ungarns Komplizen (2011)

127 Michael THAIDIGSMANN: Neue Ungarische Garde gegen den jüdischen Weltkongress (2013)

128 Marco SCHICKER: Die Antwort - Roma in Ungarn gründen "Garde" zur Verteidigung gegen Neonazis (2012)

129 vergl. Anja SVOBODOVNA: Ungarns Referendum (2016)

130 vergl. Márton BEDE: Stummschaltung einer Zeitung (2016)

Goldenen Morgenröte aus ⁽²⁻²³⁻²⁾. Immer wieder gibt es gut dokumentierte Berichte über koordinierte Aktionen von Polizei und faschistischen Schlägergruppen gegen Soziale Zentren, besetzte Häuser oder Migrant*innen.

Das jüngste Beispiel für die gewalttätige Zusammenarbeit von klerikal-rechts-konservativen demokratischen Parteien und Rechtsradikalen ist Polen, wo sich faschistischer Terror seit Ende 2012 ausbreitet. Am 11. 11. 2012 kam es in Warschau auf einem gemeinsamen Marsch diverser nationalistischer Gruppen zu einer neuen Realität faschistischen Terrors auf den Straßen polnischer Städte. Die Gruppen ONR (Oboz Narodowo Radykalny = Radikales Nationales Lager) und MW (Mlodzi Wszechpolska = Gesamtpolnische Jugend) haben sich nach der gemeinsamen Aktion offiziell vereinigt. Gemeinsam rufen sie zur Bildung einer Nationalgarde und zum Umsturz der Republik auf. Der Staat rüstet nicht etwa zum Schutz gegen eine faschistische Revolution sondern verstärkt seitdem die Repression gegen linke Gruppen, insbesondere gegen Antifa und Anarchist*innen ⁽¹³¹⁾. Im November 2015 wurde eine neue PiS-Regierung (Partei Recht und Gerechtigkeit) gewählt, die sehr offensiv demokratische Rechte angreift. Anfang Mai 2016 gab es dagegen aber auch die mit 240.000 Teilnehmer*innen größte Demonstration der 'bürgerlichen' Opposition seit 1989 in Polen ⁽¹³²⁾.

Dabei ist es gerade das Wesen des Antifaschismus, die Demokratie gegen den Faschismus zu verteidigen. Selbst manche Anarchist*innen setzen Sozialismus und vollständige Demokratie gleich. Damit bleiben die grundsätzlichen Antagonismen (*) kapitalistischer Herrschaft außen vor. ⁽¹³³⁾. Die Befreiung vom Geld und Eigentum wird nicht mal mehr gedacht.

Wie wir gesehen haben; Demokratie und Faschismus schließen sich nicht aus. Demokratie integriert heute vielmehr den Faschismus. Faschismus kann für staatliche Herrschaft in der Krise ein wichtiges Herrschaftselement sein. Faschismus kann von den wahren Problemen ablenken. Innen- und außenpolitischer Terror kann in Wahlen demokratisch legitimiert werden.

(2-20-1) vergl. <http://de.indymedia.org/2013/06/345547.shtml>

(2-20-2) aus: <http://imageshack.com/f/849/opindefctflyerv10eng.png?dir=1&ref=>

(2-20-3) vergl. <http://tippingpoint.blogspot.de/>

(2-20-4) <http://netzpolitik.org/2013/datenschutz-in-tiptafta-wie-man-eine-schlimme-situation-noch-verschlechtert/>

(2-21-1) vergl. https://de.wikipedia.org/wiki/Benito_Mussolini

(2-21-2) vergl. <http://www.geschichte-oesterreich.com/1918-1938/> ,
http://kiwithek.kidsweb.at/index.php/Die_Erste_Republik

(2-21-3) vergl. https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Engelbert_Dollfuß

(2-21-4) vergl. https://de.wikipedia.org/wiki/Colonia_Dignidad

(2-21-5) vergl. https://de.wikipedia.org/wiki/Freiheitliche_Partei_Österreichs#Nähe_zum_Rechtsextremismus

(2-21-6) vergl. <http://wahl16.bmi.gv.at/> (2016)

(2-22-1) vergl. https://de.wikipedia.org/wiki/Silvio_Berlusconi#Beginn_der_politischen_Karriere

(2-22-2) https://de.wikipedia.org/wiki/Silvio_Berlusconi

(2-22-3) https://de.wikipedia.org/wiki/Magyar_Gárda#mediaviewer/File:Jobbik-NewHungarianGuard-May2013.jpg

(2-23-1) vergl. <http://news.radiobubble.gr/2012/06/did-one-in-two-greek-policemen-really.html> (2012)

(2-23-2) vergl. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-09/polizei-griechenland-goldene-morgenroete> (2013)

131 vergl. ANONYM: Die Wiedergeburt des radikalen Nationalismus in Polen (2013)

132 vergl. Michał KOKOT: Die größte Demo seit 1989 (2016)

133 vergl. S. 5 in: Gilles DAUVÉ: Wenn die Aufstände sterben (Orig. 1998; o.J.)

Gemeinsamkeiten im Fokus

Hier werden Gemeinsamkeiten von Faschismus und Demokratie aufgezeigt. Sie stehen in den Brennpunkt dieses Abschnittes. Um Missverständnissen vorzubeugen – es geht hier weder um eine Gleichsetzung noch um eine Abwertung der Unterschiede. Wir sind uns klar der ganz konkreten Vorteile bewusst, die es für uns bedeutet als Privilegierte, als eingeschlossene Staatsbürger*innen, in einer Demokratie zu leben. Außerdem darf Faschismus nicht automatisch mit seiner historisch bislang gewalttätigsten Ausformung, dem Nationalsozialismus gleichgesetzt werden.

Demokratie und Faschismus sind beides staatliche Herrschaftsordnungen. Sie könnten einerseits ohne Eigentum nicht existieren. Andererseits schützen sie Geld, Eigentum und die kapitalistische Profitlogik. Dieser Schutz ist nicht neutral, kann eingeschränkt werden und wird das auch. Der NS-Staat enteignete die Jüd*innen und ließ an den Arisierungen auch die Masse der „Volksgenoss*innen“ profitieren. Die BRD enteignet in Fällen von nationalem Interesse, was z.B. das Interesse der großen vier Energiekonzerne bedeuten kann.

Weil Geld und Eigentum ohne Herrschaft nicht existieren können, hat, wie oben gezeigt, die BRD auch starke personelle und strukturelle Gemeinsamkeiten mit dem NS. Das gilt insbesondere in den Institutionen, die das Eigentum schützen. Die Zusammenarbeit von staatlichen Gewaltapparat und faschistischen Gruppen ist, wie oben gezeigt, keine Besonderheit von Diktaturen.

Weil warenproduzierende Patriarchate die Menschen vereinzeln, ist in beiden Fällen (ebenso wie in der ehemaligen DDR) ein Konstrukt von Volk, von Nation notwendig, um den Schein von Gemeinschaft zu wahren. Diese Herrschaftsformen nutzten den Sport, insbesondere wichtige internationale Wettkämpfe wie Olympische Spiele und Weltmeisterschaften, zur Herstellung nationalistischen Taumels. Damit wird immer auch von Herrschaft abgelenkt.

Rassismus hat in beiden Herrschaftsformen die Aufgabe, als Ventil zu fungieren. Rassismus erfüllt diese Aufgabe, auch wenn es in der BRD heute zum Konsens gehört, Rassismus von sich zu weisen. Gemeint sind damit aber immer nur krasse, offensichtliche Formen von Rassismus.

Faschismus und Demokratie entwickeln, wie alle Herrschaftsformen, in der Tendenz totalitäre Überwachungssysteme. Der NS-Staat entwickelte u.a. das Blockwart-System als wirkungsvolles Mittel der Kontrolle durch Denunziation, also das gegenseitige Anschwärzen gegenüber der Obrigkeit. Die Blockwart^(*)-Mentalität überlebte den NS-Staat. Die DDR baute darauf ihr Stasi-Spitzel System auf. Die technologische Entwicklung eröffnet heute Möglichkeiten einer totalen Kontrolle. Insbesondere seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 nimmt diese Kontrolle in allen westlichen Demokratien orwellsche⁽¹³⁴⁾ Dimensionen an. „Keine Diktatur konnte je so tief und umfassend eindringen in das Leben aller, wie es durch die 'demokratische' Kontrolle der digitalen Kommunikationswege heute möglich ist. Die offen zu Tage tretende Tendenz zu einer Realität der totalen Überwachung entspringt der menschenverachtenden Phantasie einer totalen Steuerbarkeit von Gesellschaft.“⁽¹³⁵⁾

Das EU-Krisenland Spanien wird aktuell z.B. teils mit Notstandsverordnungen regiert, um den sozialen Widerstand gegen die Kahlschlagspolitik zu zerschlagen. Die Justiz lehnte es

134 vergl. George ORWELL: 1984 (Orig. 1949; 1974)

135 ANONYMOUS / VULKANGRUPPE KATLA: Überwachungspause – Vodafonefunkturn sabotiert (2014)

in den vergangenen Jahren oft ab, diesen Widerstand als terroristisch zu kriminalisieren. Zum Entwurf für ein neues spanisches „Gesetz der bürgerlichen Sicherheit“ sagte der katalonische Innenminister: „Wir brauchen ein System, das den Demonstranten Angst macht.“⁽¹³⁶⁾ Bis zu 600.000 € Strafe können nach diesem Gesetz verhängt werden, z.B. für unangemeldete Demonstrationen vor Parlamenten und hohen Gerichten, gegen Anmelder*innen von Demonstrationen, bei denen es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt oder Teilnehmer*innen von Escraches, direkten Aktionen, die in den Tagesablauf von Politiker*innen oder Kapitalist*innen eingreifen. Bis zu 30.000 € Strafe kann dann gewaltfreier Widerstand kosten. Wer in den Medien zur Störung der öffentlichen Ordnung aufruft, kann nach diesem Gesetzentwurf bis zu zwei Jahre Gefängnis bestraft werden. Das ist eine Politik der Angst, eine Kriminalisierung genau der Formen, die die sozialen Bewegungen in den letzten Jahren entwickelt haben, die Formierung eines autoritären Wettbewerbsstaates⁽¹³⁷⁾. Am 16. Dezember 2014, wenige Tage nach Verabschiedung des Gesetzes, wurde die Aktion 'Pandora' gegen Anarchist*innen durchgeführt. 700 Elite-Polizist*innen und ein Richter zeigen, dass keine Vorwürfe zu konkreten Taten, allein ein kriminalisierter Text, eine angebliche zukünftige Bedrohung und der Vorwurf der Verschlüsselung elektronischer Kommunikation heute ausreichen Aktivist*innen als Terrorist*innen zu kriminalisieren und sie für mehr als 6 Wochen der Isolationsfolter auszusetzen⁽¹³⁸⁾.

In der Krise ist der Übergang zum Faschismus immer als offene Möglichkeit in der Demokratie angelegt. Dieser Übergang kann schleichend durch eine permanente Verschiebung, durch Stärkung von Überwachung und den Ausbau von Zwangsstrukturen, erfolgen oder als radikaler Bruch mit der Übernahme der Herrschaft durch faschistische Bewegungen.

In einer anarchistischen Gesellschaft ohne Geld und Eigentum fehlt jeder Impuls eigene Privilegien mit Hilfe einer Herrschaftsordnung demokratisch legitimiert zu verteidigen bzw. diese Verteidigung in der Krise faschistisch zu radikalieren. Stattdessen kann sich ein solidarisches Miteinander entfalten.

Direkte Demokratie in der Geschichte

Direkte Demokratie ist keine Erfindung der Neuzeit sondern tritt im Laufe der Stadtgeschichte, meist als Ergebnis von sozialen Kämpfen, immer wieder auf.

Murray Bookchin und Janet Biehl als Vertreter*innen des libertären Kommunalismus haben viel von dieser verborgenen Geschichte der Stadt freigelegt: Das Athen der Griechischen Antike, die spätmittelalterlichen Kommunen insbesondere Norditaliens, in Toledo und Valladolid während des Aufstands der Comuneros, 1520 – 1522, die Sektionen der Französischen Revolution, die Versammlungen der Bürger von Boston und der anderen Städte Massachusetts im 18. Jahrhundert⁽¹³⁹⁾, aber auch die Pariser Commune von 1871 gehört dazu. Die lange, in Resten noch existente Tradition der direkten Demokratie in der Schweiz zeigt, dass sich direktdemokratischer Kommunalismus

136 Ramon ESPADALER, zitiert nach: Imayna CACERES, Lukas OBERNDORFER: Polizeirecht statt Strafrecht (2014)

137 vergl. Imayna CACERES, Lukas OBERNDORFER: Polizeirecht statt Strafrecht (2014)

138 ANONYM: Repressionswelle im spanischen Staat – Vorbild für die EU? (2015)

139 vergl. S. 28 – 44 in: Janet BIEHL: Der libertäre Kommunalismus (1998); S. 93 – 107, 120 – 145, 190 – 193 in: Murray BOOKCHIN: Die Agonie der Stadt (Orig. 1992; 1996)

mit einem Überbau auf regionaler Ebene der Kantone auch aus bäuerlichem Widerstand auf dörflich-kleinstädtischer Ebene entwickeln kann.

„Bei allen [historischen Beispielen] finden sich dunkle Flecken und erhebliche Mängel, vor allem Spannungen und Schranken zwischen den Klassen sowie der Ausschluss der Frauen und Häufig auch der Besitzlosen von der Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten.“⁽¹⁴⁰⁾

Formen Direkter Demokratie und Herrschaft

Formen Direkter Demokratie

Viele propagieren die Reform der Demokratie. Ja, „Vorschläge, die Demokratie von unten noch einmal ganz neu zu denken und alternative, horizontale Formen der Entscheidungsfindung auszuprobieren [erfreuen sich] einer wachsenden Beliebtheit.“⁽¹⁴¹⁾ Die Stichworte dazu sind Direkte Demokratie⁽²⁻²⁵⁻¹⁾ und ihre Unterformen Basisdemokratie⁽¹⁴²⁾ ⁽²⁻²⁶⁻¹⁾, Radikaldemokratie⁽²⁻²⁶⁻²⁾ oder Echte Demokratie⁽²⁻²⁶⁻³⁾. Selbst die Mehrzahl deutschsprachiger Anarchist*innen sehen die Basisdemokratie als Entscheidungsform der Anarchie⁽²⁻²⁶⁻⁴⁾. So definieren die Anarchisten Fuchs und Burnicki direkte Demokratie als Selbstbestimmung des Volkes, Volk als alle von der jeweiligen Politik betroffenen, und setzen das mit Anarchie gleich⁽¹⁴³⁾. Den Libertären Kommunalismus⁽¹⁴⁴⁾ stellen wir im Folgenden detaillierter dar. Anarchistische Anhänger*innen der Direkten Demokratie sagen uns: „Die anarchistische Philosophie [erscheint] bei näherer Analyse als eine eigenständige Konzeption von Demokratie.“⁽¹⁴⁵⁾

⁽²⁻²⁵⁻¹⁾ vergl. <http://bremen-nds.mehr-demokratie.de/>, Volksentscheid zu Stuttgart 21

⁽²⁻²⁶⁻¹⁾ vergl. <http://wiki.piratenpartei.de/Basisdemokratie>

⁽²⁻²⁶⁻²⁾ vergl. <http://deu.anarchopedia.org/Basisdemokratie#Radikaldemokratie>

⁽²⁻²⁶⁻³⁾ vergl. <http://www.democraciarealya.es/>, <http://www.echte-demokratie-jetzt-bremen.de/>

⁽²⁻²⁶⁻⁴⁾ vergl. <http://deu.anarchopedia.org/Basisdemokratie#Kritik>

Der libertäre Kommunalismus

Der libertäre Kommunalismus ist eine von Murray Bookchin, Janet Biehl und weiteren anarchistischen Theoretiker*innen (Anm. I) der 'Sozialen Ökologie' ausgearbeitete Idee als Strategie zur Überwindung von Staat und Kapitalismus. Diese stellen wir zunächst dar.

★ **Anm. I:** Die massive Kritik von Anarchist*innen an diesem Ansatz führte dazu, dass Bookchin sich in seinen letzten Lebensjahren nicht länger als Anarchist bezeichnete.

„Immer deutlicher zeichnet sich die Alternative ab, vor die sich die Menschen gestellt sehen: Entweder errichten sie eine sozialökologische Gesellschaft, oder aber alle gesellschaftlichen Fundamente brechen zusammen.“⁽¹⁴⁶⁾ Mit den lokalen Kommunen soll deshalb eine Gegenmacht entstehen und aktiv die Spannung zu Staat und Kapitalismus

140 S. 142 in: Murray BOOKCHIN: Interview mit Murray Bookchin (1998)

141 S. 23 in: Thomas WAGNER: Die Trennung überwinden – von Demokratie, ... (2012)

142 vergl. S. 93ff in: Rolf CANTZEN: Weniger Staat – mehr Gesellschaft (1987); Grundsatz der Utopia – Jugendbeilage der Graswurzelrevolution, z.B. in LISA B.: Was ist eigentlich Basisdemokratie? (2009)

143 vergl. Christian FUCHS: Anarchie und Selbstorganisation (2001)

144 vergl. S. 9 in: Janet BIEHL: Der libertäre Kommunalismus (1998)

145 Christian FUCHS: Anarchie und Selbstorganisation (2001)

146 S. 128 in: Janet BIEHL: Der libertäre Kommunalismus (1998)

vertiefen und letztlich das Gewaltmonopol des Staates überwinden ⁽¹⁴⁷⁾. „Die Menschen [können hier] einander intellektuell und emotional gegenübertreten [...], ja einander überhaupt erst im Dialog, in der Körpersprache, im persönlichen Kontakt von Angesicht zu Angesicht erleben“ ⁽¹⁴⁸⁾. Janet Biehl sieht in den aufständischen Gebieten Syrisch-Kurdistan, die Region, in der diese Vorstellungen am weitesten umgesetzt sind ⁽¹⁴⁹⁾.

Das Konzept sieht darin, dass Bürger*innen dauerhaft Erfahrungen in direkter Demokratie sammeln und lernen ihre eigenen Ideen selbst auszudrücken den zentralen Ansatz zur Repolitisierung der Gesellschaft ⁽¹⁵⁰⁾. Sie plädieren dabei für das Mehrheitsprinzip ⁽¹⁵¹⁾, auf Beteiligung an lokalen Wahlen und die Nutzung dieser Wahlkämpfe zur Bildung der Menschen ⁽¹⁵²⁾. Die lokale direkt-demokratische Ebene wird als im deutlichen Widerspruch zur staatlichen (Nationalstaat bis Landkreise) Ebene stehend verstanden. So wird auch der Citizen, die politisch denkende und handelnde Bürger*in idealisiert ⁽¹⁵³⁾.

Die lokale Ebene soll weder politisch noch gar ökonomisch autark werden, sondern sich mit anderen zu Föderationen zusammenschließen. Die Föderationen haben Föderationsräte von abrufbaren Delegierten, die nur koordinieren. Sie haben kein politisches Entscheidungsrecht, sondern sind dem Willen der lokalen Versammlungen verpflichtet ⁽¹⁵⁴⁾.

Die lokale Verwaltung wacht „nicht nur über die Güterproduktion, sondern auch über deren Verteilung [...], sorgt im Rahmen moralischer und rationaler Bedarfskriterien [(Anm. II)] für annähernde ökonomische Gleichheit“ ⁽¹⁵⁵⁾. Bookchin lehnt Arbeiter*innen-Kontrolle über die Produktion ab, da dadurch die lokale Ebene geschwächt wird und in einer befreiten, sozialökologischen Gesellschaft perspektivisch „so viel Arbeit von Maschinen ausgeführt werden [wird], dass die Arbeiterkontrolle praktisch bedeutungslos wird.“ ⁽¹⁵⁶⁾

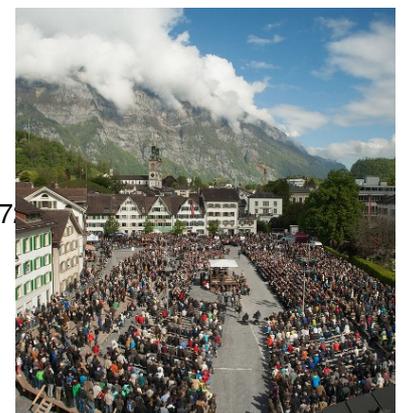
★ **Anm. II:** Gemeint ist Bedürfniskriterium, kein mit Geld ausgestattetes Bedarfskriterium.

Dieser Ansatz ist für Bookchin nicht mit Anarchie gleichzusetzen. Da er aber keine Hoffnung auf eine radikale Veränderung in kurzer Zeit setzt, sieht er hierin die einzige Chance den Übergang zu organisieren ⁽¹⁵⁷⁾.

Eine solche Distanz zum propagierten Projekt könnte, wenn sie nicht so selten publiziert worden wäre, hätte vermutlich die Kritik an Bookchin entschärft. Für die Frage des Übergangs hat schließlich keine* die eine widerspruchsfreie Lösung. Alle Lösungsvorschläge, die wir gesehen haben und die wir selber machen, haben ebenso ihre Ambivalenzen.

Der qualitative Unterschied von Direkter und Parlamentarischer Demokratie

Alle diese Formen der Demokratie zeichnen sich dadurch aus,



Traditionelle Basisdemokratie: Landsgemeinde Glarus 2014 ⁽¹⁵⁸⁾

147 vergl. S. 59 in ebenda

148 S. 272 in: Murray BOOKCHIN: Die Agonie der Stadt (Orig. 1992; 1996)

149 Janet BIEHL: **Interview Gaidao 2016**

150 vergl. S. 112 – 116 in: Janet BIEHL: Der libertäre Kommunalismus (1998); S. 27 Die Agonie der Stadt (Orig. 1992; 1996)

151 vergl. S. 60 – 62 in: Janet BIEHL: Der libertäre Kommunalismus (1998)

152 vergl. S. 73 – 76 in ebenda

153 vergl. S. 82 – 86 in ebenda

154 vergl. S. 95 – 102 in ebenda

155 S. 111 in ebenda

156 S. 152 in: Murray BOOKCHIN: Interview mit Murray Bookchin (1998)

157 vergl. S. 309 in: Murray BOOKCHIN: Die Agonie der Stadt (Orig. 1992; 1996)

dass sie auf Entscheidungen des „Volkes“ selbst setzen. Sie benötigen keine Repräsentant*innen. Damit unterscheiden sie sich qualitativ von der Parteiendemokratie, da mindestens zwei Herrschaftsebenen, die innerparteiliche sowie die zwischen Wähler*innen und Politiker*innen (weitgehend) wegfallen. In Teilen der Schweiz ist direkte Demokratie bis heute konstituierendes Element des Staates ⁽¹⁵⁸⁾.

Die notwendige Kritik am Volksbegriff ist uns im Zusammenhang mit Autor*innen, die sich für Direkte Demokratie aussprechen, noch nicht begegnet.

Direkte Demokratie und Herrschaft

Mindestens zwei andere Herrschaftsebenen aber bleiben bestehen: Der Demokratie-Diskurs zielt immer auf kollektiv bindende Beschlüsse. „Zu sagen etwas sei bindend, macht keinen Sinn, wenn jede und jeder Einzelne Beteiligte darüber entscheiden kann, ob es für sie oder ihn bindend ist. Bindend heißt auch durchsetzbar, und Durchsetzbarkeit ist eine wesentliche Voraussetzung der Demokratie“ ⁽¹⁵⁹⁾ Um solche bindenden Beschlüsse durchzusetzen braucht es also den ganzen, repressiven Staatsapparat.



Spätestens, wenn Basisdemokratie auf Staatsebene gedacht wird, oft aber schon auf viel kleinerer Ebene, stellen sich für herrschaftskritische Menschen Fragen: Wer entscheidet über die Fragestellung? Welche Alternativen stehen zur Wahl? Wer darf abstimmen? Wer schafft es Einfluss auf die Diskurse um die Fragestellung auszuüben? „Worüber darf abgestimmt

werden? [...] Wer darf nun warum nicht abstimmen (z.B. Altersgrenzen, territoriale / nationale Grenzen etc.)? [...] Kann überhaupt über komplexe Fragestellungen mal so eben abgestimmt werden? Nicht auf jede Frage lässt sich einfach mit 'Ja' oder 'Nein' antworten, differenzierte Sichtweisen drohen aus dem Blick zu geraten.“ ⁽¹⁶⁰⁾ Diese Fragen „stellen die eigentliche Form der Machtausübung dar, während die Abstimmung in der Regel nur noch nachvollzieht, was diskursiv hergestellt wurde.“ ⁽¹⁶¹⁾

Nun gibt es aber auch Anarchist*innen, die Direkte Demokratie als Alternative zu einer staatlichen Organisation von Gesellschaft sehen. Mit CrimethInc weisen wir darauf hin, dass das erstens ahistorisch ist, da Demokratie seit ihren Anfängen eine Form staatlicher Regierung ist. Zweitens führt es zu Verwirrung, da der Begriff als staatliche Herrschaftsform wahrgenommen wird und auch die angeblich anti-staatliche Demokratie die Dynamiken der staatlichen Demokratie auf kleinerer Basis wiederholt ⁽¹⁶²⁾.

Der Begriff Basisdemokratie wurde mit den neuen sozialen Bewegungen populär und gehört zu den bald wieder abgeschafften Gründungsgrundsätzen der Partei Die Grünen. Heute versucht die Piratenpartei Begriff und Praxis elektronisch zu modernisieren. Der Begriff Echte Demokratie wurde vom real democratia ya Netz, einem Teil der sozialen Bewegung in Spanien, übernommen und mit der Occupy Bewegung populär.

Der Gebrauch des Demokratiebegriffs anstatt z.B. Rätekommunismus wurde in den 1970ern aus dem Umfeld der Bürger*inneninitiativ-Bewegung und der Grünen als begriffliche, gesellschaftlich kompatible Alternative entwickelt, um Assoziationen zu Rätekommunismus nicht aufkommen zu lassen. Verkannt oder ignoriert wird dabei von den

158 Foto: Ludovic PÉRON: Landsgemeinde Glarus (2014)

159 S. 109 in: Uri GORDON: Hier und Jetzt (Orig. 2008; 2010)

160 S. 18 – 19 in: Gerald GRÜNEKLEE: Basisdemokranarchie? - Anarchie vs. Basisdemokratie (2016)

161 S. 232 in: Jörg BERGSTEDT: Freie Menschen in Freien Vereinbarungen (2012)

162 vergl. S. 19 in: CRIMETHINC! – Ex-Workers Collective: From Democracy to Freedom (2016)

herrschaftskritischen Radikalen in den sozialen Bewegungen allerdings auch die Bedeutung des Wortes: Demokratie, Herrschaft des Volkes, kann mit einer herrschaftsfreien Gesellschaft nichts zu tun haben. Sicher wollen viele anarchistische und manche anderen Gruppen, die sich für direkte Demokratie, Basis-, Radikal- oder Echte Demokratie aussprechen Herrschaft nicht modernisieren. Sie begeben sich aber bewusst oder unbewusst in einen sehr ambivalenten Kontext, um leichter anschlussfähig zu sein.

Alle Formen direkter Demokratie, die innerhalb kapitalistischer Staatsordnung entwickelt werden führen deshalb, ohne grundlegende Veränderungen gesellschaftlicher Ungleichheiten erreichen zu können, immer zu kompatiblen Ergebnissen, zur Stabilisierung bestehender Herrschaft. "Mehr Demokratie zu fordern, ohne gesellschaftliche Gewaltverhältnisse mitzudenken, ist bestenfalls naiv." ⁽¹⁶³⁾ Direkt-demokratische Teilhabe begrenzt faktisch demokratische Herrschaft im Staate kaum. Weit wichtiger ist, dass sie als „Transmissionsriemen nach unten, zu den einzelnen Menschen, zum Alltag“ ⁽¹⁶⁴⁾ wirkt. Beispielhaft lässt sich das an Schlichtung und Rundem Tisch zu Stuttgart 21, die den Konflikt befriedeten zeigen ⁽¹⁶⁵⁾. Aber es

gibt auch deutliche Beispiele aus anderen Ländern: „The political parties Podemos [Spain] and Syriza [Greece] gained traction in the occupied squares of Barcelona and Athens thanks to their rhetoric about direct democracy, only to make their way into the halls of government where they are now behaving

Übersetzung: Die politischen Parteien Podemos [Spanien] und Syriza [Griechenland] gewannen auf den besetzten Plätzen von Barcelona und Athen wegen ihrer Rhetorik über direkte Demokratie Zugkraft. Sie taten dies nur, um ihren Wege in die Parlamente zu machen, wo sie sich wie jede andere politische Partei verhalten.

like any other political parties.“ ⁽¹⁶⁶⁾ „Viele politische Gruppen, die nach mehr Demokratie als Heilmittel gegen ungehemmte Wirtschaftsmacht rufen, weisen sich nicht als Utopist*innen, sondern schlicht als typische Vertreter*innen des Normalen. Sie sind Opfer des Mythos 'Demokratie' und sichtbar zugleich Täter*innen.“ ⁽¹⁶⁷⁾

Anarchismus bedeutet aber ohne Herrschaft. Anarchismus kennt also keine Mittel zur bindenden Durchsetzung von Beschlüssen. „Demnach ist Anarchismus nicht die radikalste Form der Demokratie, sondern folgt einem grundsätzlich anderen Paradigma kollektiven Handelns.“ ⁽¹⁶⁸⁾ Anarchie bedingt „eine Transformation des weitgehenden Desinteresses der Beherrschten in eine aktive (und eben nicht nur symbolische, formalisierte) Beteiligung“ ⁽¹⁶⁹⁾.

Auf selbstorganisierte Gruppen, die intern auf Konsensmodellen basierende Strukturen entwickeln, die sie basisdemokratisch nennen, wie z.B. die Lebensmittelkooperative Maiskolben in der Bremer Neustadt oder Echte Demokratie Jetzt Bremen, wollen wir die Kritik des letzten Absatzes nicht angewendet wissen. Hier fehlt im Wesentlichen eine Kritik am Demokratiebegriff. Sie überdehnen den Begriff Demokratie und vereinnahmen so Konsensmodelle. Konsens- und Räte Modelle scheinen sinnvolle Ausgangspunkte für eine Entwicklung in Richtung Herrschaftsfreiheit in Gruppen oder Gesellschaften ohne antagonistische Widersprüche (*) zu sein.

163 S. 35 in: Matthias BULTMANN: Inhalt statt Verpackung! - Die Glorifizierung der Demokratie (2007)

164 S. 174 in: Jörg BERGSTEDT: Demokratie (2006)

165 vergl. BESALINO: Trick 17 mit Selbstüberlistung (2012)

166 S. 20 in: CRIMETHINC! – Ex-Workers Collective: From Democracy to Freedom (2016)

167 S. 104 in: Jörg BERGSTEDT: Demokratie (2006); Zitat im Original teils ...Innen, teils ...is als Endung

168 S. 109 in: Uri GORDON: Hier und Jetzt (Orig. 2008; 2010)

169 S. 20 in: Gerald GRÜNEKLEE: Basisdemokranarchie? - Anarchie vs. Basisdemokratie (2016)

Herrschaftsfreiheit statt Demokratie

Die Vorstellung, Demokratie als Organisationsform zur Überwindung von Herrschaft ⁽¹⁷⁰⁾ anzusehen, können wir nicht teilen. „Es gibt keine 'herrschaftssichere' Form institutioneller Demokratie.“ ⁽¹⁷¹⁾ Anschlussfähigkeit geht bei solchen Vorstellungen vor Analyse. Der Libertäre George Woodcock teilt einerseits den Optimismus der 'Echte Demokratie jetzt' Bewegung, bringt andererseits auch den Widerspruch von Demokratie zur Herrschaftsfreiheit auf den Punkt: „Wahre Demokratie kann nicht in einer Gesellschaft des Zwangs existieren. Doch auch wo Demokratie möglich ist, werden Anarchist*innen sie nicht unterstützen, denn sie betrachtet den Willen der Mehrheit als oberstes Gebot.“ ⁽¹⁷²⁾ Der Rätekommunist Gorter formulierte es so: Das „Brechen mit der ... Demokratie bedeutet im Keime schon die ... Revolution“ ⁽¹⁷³⁾.

THESE | Eine Gesellschaft, die weder Geld noch Eigentum kennt, die auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist, kann keine demokratische sein.

Eine Gesellschaft, die weder Geld noch Eigentum kennt, die auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist, kann also keine demokratische sein ⁽¹⁷⁴⁾. Der positive Bezug auf Demokratie wird allerdings heutzutage fast nie hinterfragt.

Basisdemokratie oder Direkte Demokratie sollen Demokratie verbessern. Die einzigen Alternativen scheinen Diktatur und Monarchie zu sein. Das Ergebnis von Demokratiekritik darf aber nicht dazu führen, zu noch herrschaftsförmigeren Ordnungen zurückzukehren.

Demokratien lassen die historischen Erinnerungen und aktuellen Erfahrungen an emanzipatorische Ansätze einer die Menschen selbst befreienden Gesellschaftsstruktur verschwinden. Sie drängen diese bewusst an den Rand der Wahrnehmbarkeit. Das sagt weit mehr über den autoritären Charakter von Demokratie aus, als über diese verdrängten Ansätze, ihr Potential und ihre Grenzen.

Eine Gesellschaft ohne Geld und Eigentum können wir uns nur als eine solidarische, respektvolle und kommunikative vorstellen. Die Menschen werden ihre Bedürfnisse und die gesellschaftliche Re_Produktion gemeinsam in Konsensprozessen organisieren.

170 vergl. S. 24 in: Thomas WAGNER: Die Trennung überwinden – von Demokratie, ... (2012)

171 S. 52 in: Christoph SPEER: *Gleicher als Andere* (2003), zitiert nach S. 259 in: Jörg BERGSTEDT: *Freie Menschen in freien Vereinbarungen* (2012)

172 S. 95 in: George WOODCOCK: *Traditionen der Freiheit* (Orig. 1987; 1988)

173 S. 454 in: Herman GORTER: *Offener Brief an den Genossen Lenin* (Orig. 1920; 1970)

174 vergl. S. 90 in: Peter KROPOTKIN: *Die repräsentative oder parlamentarische Regierung* (Orig. 1885; 1978); S. 118 in: Ulrike MEINHOF: *Falsches Bewußtsein* (Orig. 1968; 1980)